

Wöchentlich 65 Bl., monatlich 3,00 M., im voraus zahlbar. Vierteljahr 4,20 M., einschließlich 60 Pfg. Postgebühren- und 72 Pfg. Postbestellgebühren. Kustodenabonnement 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“. Illustrierte Beilagen: „Lust und Zeit“ und „Kinderfreund“. Ferner: „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Technik“, „Bild in die Bücherwelt“ und „Jugend-Vorwärts“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Ebnhoff 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 87136. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depostenkasse Lindenstr. 3

Die einseitige Konparativliste 80 Wiener, Reflektierte 4.— Reichsmarkt. „Kleine Anzeigen“ des letzten Heftes Wort 25 Pfennig (gültig zum letztgedruckten Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengeld das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen Seite 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Umbenennung 2 wochentäglich von 8½ bis 17 Uhr.

# Poincaré zurückgetreten.

## Krankheit als Grund — wahrscheinlicher Nachfolger Briand.

Ministerpräsident Poincaré richtete an den Präsidenten der Republik ein Schreiben, in dem er vorschlägt, angesichts seiner Erkrankung und einer notwendig werdenden Operation, die ihn für zwei bis drei Monate arbeitsunfähig mache, ihn seines Amtes zu entheben und einen Nachfolger zu benennen.

Hierauf trat der Kabinettsrat im Außenministerium zusammen. Der Kabinettsrat, der bis 23 Uhr tagte, erteilte der stellvertretenden Ministerpräsidenten, Justizminister Barthou, und dem Außenminister Briand den Auftrag, Poincaré die Jureignung des Kabinetts zum Ausdruck zu bringen und ihn zu ersuchen, nach seiner Wiederherstellung wieder an die Spitze der Regierung zu treten. Barthou und Briand begaben sich hierauf zu Poincaré, um sich ihres Auftrages zu entledigen.

Sonntagvormittag wird der Ministerrat um 10 Uhr 30 zusammentreten. Man erwartet, daß Briand das neue Kabinett bilden wird.

Der Rücktritt Poincarés kommt überraschend. Bis zuletzt schien es, als ob Poincaré großes Gewicht darauf lege, der Konferenz der Regierung über den Young-Plan beizuwohnen, und zwar als Hauptdelegierter Frankreichs und Präsident der Konferenz. Es ist zu befürchten, daß der Rücktritt Poincarés eine Verzögerung der Konferenz nach sich ziehen wird. Es ist aber durchaus möglich, daß die Lösung der Regierungskrise sehr schnell vor sich gehen wird. Es ist anzunehmen, daß Briand unter Beibehaltung des Außenministeriums die Leitung der Regierung

übernimmt und die Umbildung des Ministeriums bis nach der Konferenz und den Parlamentsferien vertagt. Sollte Briand jedoch jetzt schon eine Umbildung des Ministeriums vornehmen, dann ist mit einer Verzögerung der Einberufung der Konferenz zu rechnen.

Innerpolitisch wird der Rücktritt Poincarés wohl eine Linksorientierung der Regierung nach sich ziehen. Poincaré hat es immer vermieden, mit der Rechten zu brechen, und sich wiederholt in offenem Gegensatz zu den Radikalen gestellt. Trotz der großen Autorität, die sich Poincaré als Finanzpolitiker besonders durch die Stabilisierung des Franken erworben hat, ist seine parlamentarische Situation infolge des Gegensatzes zu den Radikalen immer unsicherer geworden. Bei der letzten Abstimmung, wo Poincaré nur eine Mehrheit von acht Stimmen erhielt, wurde die Stellung Poincarés bereits als unhaltbar bezeichnet.

### Parlamentsferien.

Paris, 26. Juli. (Eigenbericht.)

In der Kammer verlas Justizminister Barthou mitten in der Sitzung plötzlich das Schlussetret. Der Senat hat das Ratifikationsgesetz angenommen und gleich der Kammer eine Entschliebung, daß die an die Vereinigten Staaten zu leistenden Jahreszahlungen durch die deutschen Reparationszahlungen zu decken seien. Außenminister Briand verlas das Schlussetret. Die Kammer lehnte das letzte Sitzungsprotokoll mit 276 gegen 258 Stimmen ab. (Zahlreiche Juristen: Demission!) Auch im Senat gab es Zwischenfälle, da mehrere Senatoren erklärten, eine von der Kammer übermittelte Vorlage nicht nach Schluß der Kammertagung erledigen zu können.

## Der Reichskanzler außer Gefahr!

### Keine täglichen Krankheitsberichte mehr.

Aus Heidelberg wird mitgeteilt:

Da der Verlauf des Heilungsprozesses der Operationswunde des Herren Reichskanzlers ein durchaus normaler ist, kann von der weiteren Herausgabe täglicher Krankheitsberichte abgesehen werden. gez. Enderlen.

## Die Verhandlungen mit Polen.

### Eine deutsche Erklärung.

Zu den Angriffen der polnischen Presse auf die Reichsregierung wegen der abermaligen Hinausschiebung des Verhandlungsbegins wird offiziös in Berlin erklärt: es ist richtig, daß von beiden Parteien der 25. Juli als Verhandlungsbeginn in Aussicht genommen war. Da sich jedoch noch gewisse Vorbereitungen notwendig machten, sollte der Verhandlungsbeginn um vier Wochen hinausgeschoben und dies durch eine gemeinsame Veröffentlichung mitgeteilt werden, zu der der polnische Geschäftsträger in Berlin keine Zustimmung in Aussicht gestellt hatte. Er erteilte aber dann seine Zustimmung nicht, so daß die gemeinsame Veröffentlichung unterbleiben mußte. Die Warschauer Presse aber schenkt über die Vorgeschichte des kurzen Aufschubs vollkommen einseitig und tendenziös informiert worden zu sein.

## 10. August im Haag.

### Die Young-Plan-Konferenz festgesetzt.

Paris, 26. Juli. (Eigenbericht.)

Die englische und die französische Regierung haben sich dahin geeinigt, den anderen Mächten Haag als Tagungsort der kommenden Regierungskonferenz vorzuschlagen. Die belgische Regierung hat beschloffen, ihren Widerstand gegen diesen Konferenzort aufzugeben und dem Vorschlag der französischen und englischen Regierung zuzustimmen.

Die Konferenz wird — wie der „Soc. Presseblatt“ erfährt — am 10. August beginnen. Die Verzögerung ist auf den unfruchtbaren Streit über den Konferenzort zurückzuführen.

## Riesenbesuch erwartet.

Den Haag, 26. Juli. (Eigenbericht.)

Am Außenministerium werden Vorbereitungen für die Unterbringung von etwa 1000 bis 1500 Konferenzteilnehmern und 400 Journalisten getroffen. Die Frage, ob die Konferenz im Huis ten Bosch, wie die erste Friedenskonferenz von 1899, oder im Friedenspalast tagen wird, ist noch nicht geklärt.

## Antwort an die Kriegsheher.

### Beschluß der Hamburger Hafenarbeiter.

Hamburg, 26. Juli. (Eigenbericht.)

Die sozialdemokratischen Hafenarbeiter Hamburgs haben zu der A.P.D.-Parole, am 1. August als Antikriegsdemonstration den Hamburger Hafen stillzulegen, in einer stark besuchten Versammlung Stellung genommen. Einstimmig wurde eine Entschliebung angenommen, in der der A.P.D. und ihren Moskauer Befehlshabern die Berechtigung abgesprochen wird, gegen den Krieg zu demonstrieren.

Schärfster Protest wird gegen die Terrormaßnahmen der A.P.D. und ihrer Mitläufer erhoben, durch die die Hafenarbeiter eingeschüchtert werden sollen. Die Hafenarbeiterchaft wird auf das klägliche Fiasko hingewiesen, das die A.P.D. im Oktober bei ihrem Kampf im Hamburger Hafen erlitten hat, und aufgefordert, auf keinen Fall den unheilvollen Parolen einer Partei Folge zu leisten, an deren Händen noch das Blut der Berliner Matrosen fließt.

## Mörderische Diktatur.

### Oppositionsführer Pribitschewitsch im Sterben.

Wien, 26. Juli. (Eigenbericht.)

Der Zustand des vor einigen Monaten von der Diktatur in Jugoslawien internierten Oppositionsführers Pribitschewitsch verschlimmert sich von Tag zu Tag. Neben schwerer Tuberkulose leidet Pribitschewitsch an einer Blutvergiftung, so daß sein Zustand ziemlich hoffnungslos ist. Alle Versuche, Pribitschewitsch aus dem für ihn schädlichen Klima Mittelserbiens herauszubringen, sind an der Hartnäckigkeit der Mächthaber gescheitert. Auch in Belgrad rechnet man mit seinem baldigen Ableben.

Der tote Pribitschewitsch dürfte den Diktatoren gefährlicher sein als der lebende. Neben Raditsch werden die Kroaten und wird die gesamte Opposition einen neuen Märtyrer haben. Dem Zustand aber zeigt der Fall Pribitschewitsch, wie die Diktatur in Jugoslawien beschaffen ist: Sie geht über Leichen!

## Kemal zählt für Amanullah.

### Der Ex-König in der Türkei.

Konstantinopel, 26. Juli. (Eigenbericht.)

Die türkische Regierung bewilligte dem bisherigen König von Afghanistan nicht nur die Einreise in die Türkei, sondern bis auf weiteres eine monatliche finanzielle Unterstützung. Amanullah wird Mitte August in Konstantinopel erwartet.

Radel wieder aufgenommen. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die Zentralkommission entschieden, Radel, Smilga und andere in die kommunistische Partei wieder aufzunehmen, ohne daß ihnen das Recht gewährt wird, amtliche Posten zu bekleiden.

## Krieg den Kriegshehern!

### Wißt ihr, was der Krieg ist?

Ueber dem Portal eines Berliner Museums steht — auf lateinisch — der Spruch eingemeißelt: „Nur der hat die Kunst, der sie nicht kennt.“ Umgekehrt könnte man auch sagen: „Nur der liebt den Krieg, der ihn nicht kennt.“

Leute, die von Kunst keinen Begriff haben, gibt es viele in Deutschland. Aber noch weit größer ist die Zahl derer, die sich vom Kriege keinerlei zureichende Vorstellung machen. Der Prozentsatz der wirklichen Frontkämpfer wird — abgesehen davon, daß sie ausschließlich die zwei Millionen Toten des Weltkrieges lieferten — von Jahr zu Jahr in der Bevölkerung geringer. Aber nicht nur das: in den ehemaligen Frontsoldaten selber verblaßt das furchtbare Erlebnis ihres Daseins.

Und die fünfzig bis fünfundsechzig Millionen anderen? Gewiß, wir haben jetzt eine stattliche Zahl ungeschminkter Kriegsbilderungen, wir besitzen die aufwühlenden Kriegseromane der Remarque, Rem und anderer. Wir besitzen auch die biblischen Kriegsdarstellungen eines Dix und Krain. Soeben läßt auch die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale unter dem Titel „Nie wieder Krieg!“ eine Anzahl erschütternder photographischer Dokumente, Naturaufnahmen des Krieges und seiner Greuel als Broschüre erscheinen. Wer diese anklagenden Bildnisse verstümmelter Gesichter und zerfetzter Leichen ohne tiefes Grausen betrachten kann, muß ein Herz von der Roheit des Femechenkers Klapproth besitzen.

Trotzdem — wer alles dieses gelesen und angeschaut hat, weiß der, was Krieg ist? Er weiß vom Krieg ungefähr so viel, wie vom Geschmack des Kaffees einer weiß, der ein Heft über Kaffeezubereitung liest, ohne je welchen getrunken zu haben. Wenn man einem Nichtkriegsteilnehmer sagt: „Es ist oft so, daß du dich auf den Operationsstüb des Zahnarztes setzt, vor dem du als Kind die größte Angst hattest.“ Oder: „Am dritten Tage einer Grabenschlacht bei strömendem Regen begann mein Nachbar, ein Mann, der es im zivilen Leben schwer genug hatte, vor völliger Verzweiflung wie ein kleines Kind zu weinen!“ — wenn man das noch so oft und eindringlich wiederholt, fühlt deshalb der Angeredete die wirklichen Schmerzen und Qualen, unter denen der Kamerad zusammenbrach? Der Durchschnittsmensch sucht unangenehme Eindrücke so rasch als möglich los zu werden, er verkapst die Qual, die selbst das Anhören und Lesen solcher Dinge bereitet, unter einer soliden Schicht angenehmerer Gegenwartseindrücke.

Nun kommt leider noch hinzu, daß ein Teil derer, die am heftigsten an die Gefühlssphäre appellieren, ihre eigene Propaganda nicht aufrichtig meinen. Niemand hat die Kriegsgreuel so zum Gegenstand der öffentlichen Propaganda gemacht wie die Kommunisten. Aber leider sind zerflossene Gliedmaßen und zerfetzte Gedärme für Kommunisten nur solange Greuel, wie sie von Kriegen bürokratisch-kapitalistischer Staaten verurteilt werden. Wie alle Greuel, die der Kommunismus angeblich bekämpft, wie die Todesstrafe, das Hängen, das Prügeln, das Foltern — so werden auch die Kriegsgreuel mit einem Schlage höchst wohlgeläufige Werke, sobald sie im Interesse Moskaus vor sich gehen.

Die zügellose Kriegspropaganda, die jetzt auf Moskauer Befehl von der gesamten kommunistischen Presse und Parteiorganisation gegen China getrieben wurde, zeigt deutlich, daß von diesen „Kriegsbesämgern“ eine wirkliche Kriegsgegnerchaft nicht zu erwarten ist. Der bettelnde Kriegsverstümmelte, sonst eine lebende Propagandafabrik der kommunistischen Zeichner, hat in den Spalten der Bolschewistenpresse schleunigst Platz machen müssen den schneidigen Paradedebatten, auf denen der Leser den Drill von Budjannys Reiterscharen und die ausgezeichnete Marschdisziplin der Infanterie Woroschilows bewundern kann!

Mit genau den gleichen Mitteln treiben heute die Kommunisten Kriegspropaganda, mit denen sie unsere deutschen Militaristen und Vaterpatrioten seit vielen Jahrzehnten treiben. Die täuschende Fassade des Paradedanzes, der leuchtenden Uniformen, der blinkenden Waffen, der schmetternden Militärmusik wird einem leichtgläubigen Publikum aufgebaut, das großenteils nicht ahnt, was hinter dem schmutzen Aufheuern und der strammen Marschrichtung für die große Mehrzahl der Beteiligten sich verbirgt: die Qual monatelangen Gedrills- und Gebirgswerdens.

Das war ja das Schlimmste des Krieges: Eine kleine Kaste von Vorgesetzten machte er zu Halbgöttern, umgab sie mit einem traumhaften Herrndasein — und zehn Millionen Menschen verwandelte er in Sklaven. Das Leben eines Feldsoldaten erreichte im Durchschnitt etwa den Freiheitsgrad eines auf Außenarbeit abkommandierten Zuchthäuslers — mit dem Unterschied, daß der Feldsoldat seine Zuchthausarbeit in ständiger Lebensgefahr verrichten mußte. Sonst aber: Massenquartier, Maffenkost, um neun Uhr Zapfenstreich, die geringste Entfernung mit schwerer Strafe bedroht, fast den ganzen Tag Dienst unter Aufsicht — und bei allem nicht einmal der



Trost, den jeder Strafgefangene hat: das Datum zu kennen, an dem einem die Freiheit wiedergegeben wird!

Auf der anderen Seite die Halbgeister, die sich in französischen Schlössern räkelten, jeder von einem Stabe dienstbarer Geister umgeben, die Machtgewaltigen, vor deren Stirnrunzeln Armeen zitterten — ist ein Wunder, daß diese Kreise ihr Herrenleben noch heute zurücksehen! Sie lieben in der Tat den Krieg, weil sie einen ganz anderen Krieg als wir anderen kennen! Nach dem Kriege wurde behauptet, daß 90 Proz. des alten Offizierkorps auf den Schlachtfeldern gefallen seien. Inzwischen haben sich über 80 Proz. der angeblich Toten zum Pensionsempfang bei der Republik eingefunden. Aber selbst erhebliche blutige Verluste des Offizierkorps zugegeben: der Krieg bestand nicht nur aus Schlachten, sondern er dauerte 4 1/2 Jahre und — Heldentod hin, Heldentod her — es ist ein gewaltiger Unterschied, ob einer diese 4 1/2 Jahre mit doppelter Friedensgasse, herrlicher Kasinoverpflegung, dicken Kontributionsgeldern und prima Schloßquartieren, vor allem aber als stets Befehlender und Ungebundener, oder ob er sie als ewig geschuhriegeltes und geknechtetes Ruschkote zugebracht hat!

Die Kriegsbeher behaupten, das heißt: dem Aftersbild des Krieges, den die Kriegsschmaroher preisen, das wahre Kriegsanlich entgegenhalten. Aber da das Gefühl allein den politischen Kampf nicht entscheidet, so kommt noch ein zweites hinzu: die wirtschaftlichen Ursachen des Krieges beseitigen, mit anderen Worten: die zur Friedlichkeit prädestinierte Klasse, die Arbeiterschaft an die Macht zu bringen!

## Zusammenbruch!

### Die kommunistischen Arbeiter folgen den Kriegsbeherrn nicht!

Die kommunistischen Arbeiter beginnen, das doppelte Spiel der kommunistischen Politik einzusehen. Vor zwei Jahren riefen sie: „Hände weg von China!“ Heute sollen sie Kriegs-demonstrationen gegen China veranstalten!

Sie sind dem Befehl zu Antichina-Demonstrationen nicht gefolgt, sie haben die Kriegsbeher allein gelassen.

Die Kriegsdemonstration der KPD in Berlin gegen China war ein kläglicher Zusammenbruch. Ebenso war es im Reich.

Die Presse der rechtskommunistischen Opposition berichtet:

„In Hamburg waren bei Sogebiet 1400 Personen versammelt, fast ausschließlich Parteimitglieder. Fast niemand hörte dem inhaltlosen Referat Grubes zu.“

In Kiel waren bei einer Kundgebung unter freiem Himmel etwa 200 Personen versammelt.

In Aken beteiligten sich etwa 800 Personen an einer Demonstration.

In Halle waren etwa 600 Personen zu einer Versammlung unter freiem Himmel erschienen. Zu einer Metallarbeiterversammlung für die Metallbetriebe des Ostens in Halle waren von rund 1600 Metallarbeitern ganze 43 erschienen.

Während die „Rote Fahne“ aus dem Ruhrgebiet eine Beteiligung von durchschnittlich 4000—5000 Personen in jeder Stadt an den Demonstrationen meldete, waren in Dortmund rund 300 Mann erschienen.“

Ueber die Vorbereitungen zu den kommunistischen Demonstrationen zum 1. August meldet die linkskommunistische Presse folgende Einzelheiten:

„Zwei Großbetriebe im Wirtschaftsgebiet Groß-Hamburg, die unter kommunistischem Einfluß stehen, und bei deren Betriebsratswahl die „Hamburger Volkszeitung“ nicht oft genug den wachsenden Einfluß der KPD, „beweisen“ konnte, haben zum 1. August „Stellung“ genommen. Der eine Betrieb A. V. Mohr u. G. lehnt es ab, trotz des kommunistischen Arbeiterratsvorsitzenden, überhaupt zum 1. August Stellung zu nehmen, weit davon entfernt, einen politischen Proteststreik zu beschließen.“

In dem anderen (Rent und Hambroch) erklären die KPD-Betriebsratsmitglieder, daß es Quatsch sei, am 1. August den Betrieb stillzulegen, da doch keiner dieser Parole folgen würde.“

Wenn die Kommunisten vor etwa einem Jahre dazu aufriefen, für irgendeine Moskauer Parole zu demonstrieren, dann taten sie es nicht unter einem Generalfreik — wenn auch die Arbeitermassen zu Hause blieben. Durch die Erfahrungen gewöhnt, haben die Kommunisten später nicht mehr zum Generalfreik aufgefordert, sondern nur noch zum einseitigen Proteststreik! „Heraus aus den Betrieben“, war die Parole. Aber auch für einen Tag machten die Arbeitermassen nicht mit!

Jetzt sind die Kommunisten so beschämten geworden, daß sie für den 1. August nur noch zu einstündiger Arbeitsruhe in den Betrieben auffordern. Die kommunistische Demonstration gegen imperialistische Kriege, aber für Sowjetkriege, soll unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden. Die Kommunisten werden wissen warum: Der Weg zum Generalfreik zur einstündigen Arbeitsruhe sagt alles!

## Demonstrationsverbote.

### In Hamburg und Nürnberg.

Hamburg, 26. Juli.

Nach Mitteilung der Polizeibehörde wurde der Antrag der Bezirksleitung der KPD, für die am 1. August auf dem Heiligengefeldt beabsichtigte Kundgebung mit anschließender Demonstration die Genehmigung zu erteilen, mit Rücksicht auf das noch bestehende Demonstrationsverbot abgelehnt.

München, 26. Juli.

Wie die kommunistische „Neue Zeitung“ meldet, hat der Nürnberger Polizeipräsident Garelz an die Bezirksleitung der kommunistischen Partei Nordbayerns ein Schreiben gerichtet, wonach nach Auffassung der Behörden die für den 1. August vorbereiteten kommunistischen Kundgebungen den Strafgesetzen zuwiderlaufen und diese Versammlungen daher verboten werden.

## Kommunistische Ehrabschneider.

### Sie pfeifen auf Arbeiterrechte.

Die kommunistische Bezirksleitung Berlin-Brandenburg hat drei Angestellte der „Roten Hilfe“ aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen, weil sie „durch Drohung mit einer Klage vor dem Arbeitsgericht weitere materielle Vorteile für sich zu erpressen versucht hätten“. Die Betroffenen, Eilly Weisenberg, Hilde Kramer und Karl Baier, setzen sich gegen diesen Vorwurf

# Moskau huldigt dem Faschismus!

## Die „Internationale“ und der italienische Königsmarsch.

Am 24. Juli wurde in Rom von den amtlichen Stellen zu Ehren der in Italien eingetroffenen sowjetrussischen Flieger ein Bankett gegeben, über das wir bereits in der gestrigen Morgenausgabe berichteten. Dieser Fliegerbesuch und dieses unter dem Protektorat Mussolinis stehende Festessen ist die Antwort auf den vor mehr als Monatsfrist stattgefundenen Besuch eines italienischen Fluggeschwaders in Odessa. Während sich die deutsche kommunistische Presse und auch die deutschsprachige russisch-kommunistische Presse über den festlichen Empfang der Fockisten in Odessa gründlich ausschwiegen, brachte die gesamte italienische Presse begeisterte Berichte.

Der „Popolo d'Italia“ vom 11. Juni ließ sich aus Odessa über die Empfangsfeierlichkeiten berichten:

„An der Mündung des Dnieper erwarteten uns drei russische Seeflugzeuge, um unser Geschwader als Ehreneskorte zu begleiten... Der Kommandant der russischen Flugstaffel hatte eine jahreangewandte Landungsbrücke eigens herstellen lassen und einen tadellosen Autoverkehrsdienst organisiert. Bei der Landung waren zugegen: der Chef der Sowjet-Luftflotte, General Baranoff, der Kommandant der ukrainischen Luftstaffel...“

Deuteten also schon die äußeren Vorbereitungen darauf hin, daß den Sowjetkommunisten sehr viel an dem Besuch des Fockisten-Geschwaders lag, so ließ der Willkommensgruß der Sowjetregierung erst recht keinen Zweifel daran. Der „Popolo“ berichtet weiter:

„Die politischen Behörden entboten das Willkommen namens der Regierung. Die Militärkapelle spielte die Internationale und den italienischen Königsmarsch, die von allen Vertretern in Halbbachstellung angeordnet wurden. Der Augenblick war von ergreifender militärischer Feierlichkeit. Um der Wahrheit die Ehre zu geben, müssen wir erklären, daß uns die Russen einen wirklich herrlichen Empfang bereitet haben. Rußland... hat sich durch den Besuch unseres Fluggeschwaders zweifellos geistlich geholt. Von dem herrlichen Empfang durch die russischen Behörden werden wir die dankbarste Erinnerung bewahren.“

Die italienischen Offiziere und Journalisten sind heute (9.6.29. D. Red.) beim Botschafter Cerruti zu Gast gewesen. Am Abend gaben uns die militärischen Behörden ein Bankett im Palais der Roten Armee.“

Es muß ein wahrhaft ergreifendes und bezeichnendes für die „Rote Fahne“ besonders erfreuliches Bild sein, daß Faschisten und Kommunisten vereint „den italienischen Königsmarsch in Halbbachstellung“ angeordnet haben. Die „Rote Fahne“ ist doch sonst so sehr für weitgehende Bilderberichterstattung, besonders aus Rußland. Warum brachte sie dies Bild nicht?

Das Tollste jedoch an der faschistisch-kommunistischen Berichterstattung war die Bankettreise in Odessa. Der Kommandant der russischen Luftflotte, General Baranoff, sagte u. a.:

„Am Rande der Luftstreitkräfte der UdSSR begrüße ich die italienischen Luftstreitkräfte, vertreten durch ihren hervorragenden Chef, General Balbo, dem ich meine besten Grüße ausspreche... Die russische Aviatik wünscht der italienischen Flug-

staffel die bestmöglichen Erfolge, schon deshalb, weil zwischen unseren Völkern weder politischer Widerstreit noch ökonomischer Konkurrenzkampf möglich ist, sondern Interessengemeinschaft.“

Der von dem sowjetrussischen General so gefeierte „hervorragende Chef“ der italienischen Luftstreitkräfte Balbo ist der gleiche, gegen den die Kommunisten in U.S.Z. Demonstrationen durchgeführt haben. Er ist der gleiche Balbo, der sich als einer der ersten Vorkämpfer zum Faschismus bekannte, und einer der Führer des faschistischen „Marsch auf Rom“. Es ist aber auch der nämliche, der als einer der drei Generalkommandanten der „Freiwilligen nationalen Sicherheitsmiliz“ in zahlreichen kommunistischen Broschüren gebrandmarkt wird. Dieser Mann und dieses System wird in der deutschen kommunistischen Dossenkassette — mit Recht — Tag für Tag als verabscheuungswürdig hingestellt, der gleiche Mann und mit ihm das gleiche System dagegen erhöht in sowjetrussischen Odessa, auf einem Festbankett zu Ehren der Fockisten von hohen kommunistischen Funktionären Lobsprüche und Schmeicheleien, während in den italienischen Kertern Hunderte und aber Hunderte von revolutionären Arbeitern, auch Kommunisten, gefangen gehalten, gefoltert und gemordet werden.

## Beglückt von Mussolini.

Rom, 26. Juli.

Der russische Botschafter Kursti veranstaltete im Namen der hier weilenden Besatzung des Flugzeuges „Flügel der Sowjets“ ein Essen, an dem alle Mitglieder der russischen Mission, die höheren Beamten der Sowjetrussischen Botschaft, der Unterstaatssekretär im Luftfahrtministerium Balbo, der Abgeordnete Feretti, der Chef des Pressebureaus des Regierungschefs, De Pinedo, zahlreiche Generale, der Rabinetschef des Ministeriums des Äußeren, italienische und auswärtige Journalisten und Vertreter von Organisationen der Zivilbevölkerung teilnahmen. Botschafter Kursti gab den Gefühlen der Dankbarkeit Ausdruck und erklärte:

die Russen würden das beste Andenken an ihren Aufenthalt in Rom bewahren und den besten Eindruck von ihrem Besuche bei Mussolini mitnehmen.

Der Redner schloß mit einem Hoch auf Italien und die italienische Aviatik.

Auf die Ansprache des Botschafters antwortete Unterstaatssekretär Balbo. Er erklärte, er sei beglückt über die Äußerungen Kurstis und die von den russischen Fliegern bekundete Befriedigung. Balbo gab seiner Sympathie für die russischen Flieger Ausdruck, die der Regierungschef als Kameraden der Luft habe empfangen wollen, und schloß mit der Versicherung, daß die Italiener nur eine Internationale, nämlich die des Mutes, anerkennen, in deren Namen er der russischen Aviatik seinen Gruß entbiete. Die beiden Ansprachen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

# Die Schändung der russischen Revolution.

Ein italienischer Teilnehmer an dem Flug italienischer Kriegsfugzeuge nach Rußland schildert in der „Gazetta del Popolo“ seine Eindrücke von Odessa wie folgt:

„In Gedanken kehren wir zu den unergiebigen Tagen zurück, die wir im Sowjetlande verbrachten, zu dem wirklich unerwarteten Empfang und zu der Sympathie, die uns die Bewässerung in jeder Weise bezeugt hat. Die einwandfreie Lebenswürdigkeit, mit der man uns bei der Ankunft empfing, die unermüdete, geduldige, ungläubliche Aufmerksamkeit der Menge vor unserem Hotel, der unergiebige Empfang im Palais der Roten Armee, die Gefolgschaft, die jeder von uns hatte, wenn er frei durch die Straßen ging und das faschistische Abzeichen trug, haben uns den niederschlagenden und kalten Eindruck vergessen lassen, den das allgemeine Elend auf uns machte. Denkt doch nur, daß der Faschismus der erste war, der mit seinen Flügeln auf dem Sowjethimmel erschien und dem alle Ehren erwiesen worden sind. Ich nehme an, daß keine ausländische sozialistische Delegation mit soviel Luxus und soviel Opfer dieser armen Teufel empfangen worden wäre, die, um sich nicht schlecht auszunehmen, besonderes Brot für unsere Mahlgelien Boden mußten. Gerührt durch soviel guten Willen haben wir während dieser zwei Tage oft den Vergleich ziehen müssen mit dem kalten Empfang in Marseille während unserer vorjährigen Fahrt im westlichen Teil des Mitteländischen Meeres.“

Bis spät in die Nacht konnte ich auf dem Boulevard Feldman — eine riesige Treppe, die mit ihren 90 Stufen die Stadt mit dem Meer verbindet und wo die ukrainischen Schönheiten

spazieren zu gehen pflegen — viele zärtliche und leidenschaftliche Szenen beobachten, in denen die Faschisten (Offiziere, Unteroffiziere, Flieger, Journalisten) die größten Erfolge zu verzeichnen hatten. Voriges Jahr — wie sollte man sich daran nicht erinnern — sind wir in Marseille, im Lande der traditionellen Gastfreundschaft, mit Pfiffen empfangen worden, und als wir noch in der Luft waren, in einiger Entfernung vom Flughafen von Berre, mußten wir unsere Abzeichen vom Helm nehmen. Ins Hotel mußten wir unter Begleitung von zahlreichen Autos und von Polizisten auf Motorrädern fahren! Gegen 12 Uhr mittags angekommen, blieben wir wie gefangen im Flughafen von Berre, mit ausdrücklichem Verbot hinauszugehen, unter welchem Vorwand es auch sei, und dann wurden wir auf einem nicht erdenklichen offiziellen Bankett festgehalten. Man fürchtete offenbar, uns vor Sonnenuntergang freizulassen. Als wir dann endlich in Marseille ankamen, schloß man uns durch ein anderes vorsorgliches Bankett bis zum Schlafengehen ein.“

Der Boulevard Feldman in Odessa, jene große Treppe zum Meer, war 1905 der Schauplatz der grauenvollen Mordtaten der Kosaken, die im Potemkin-Film so erschütternd wiedergegeben worden ist.

Diese Szene wird jedem, der sie gesehen hat, immer vor Augen stehen! Und nun zu denken, daß dieser historische Schauplatz einer der erschütterndsten Szenen der russischen Revolution von 1905 der Schauplatz der faschistisch-bolschewistischen Verbrüderung von 1929, der zärtlichen Erfolge der faschistischen Offiziere war...“

zur Wehr: die Erpressung weiterer materieller Vorteile bestand darin, daß sie das ihnen zustehende Gehalt forderten. Sie haben der „Roten Fahne“ eine Berichtigung geschickt, in der es heißt:

„Wahr ist vielmehr, daß die Unterzeichneten lediglich Auszahlung ihres Gehalts während der ihnen rechtmäßig zustehenden Rindigungs- bzw. Urlaubzeit forderten.“

Wahr ist ferner, daß die Angestellten Geisenberg und Kramer bei einer erfolgten gütlichen Einigung vor ihrer Entlassung noch auf einen Teil der ihnen rechtlich zustehenden Forderungen verzichtet haben.“

So werden kommunistische Angestellte behandelt! Wer auf seine Rechte pocht, der fliegt und wird verstoßen. Für imperialistische „Rechte“ machen die Kommunisten sogar in Kriegsbege — aber auf Arbeiterrechte wird gepfeifen.

## Ehrliche Journalist!

### Sehe gegen die Republik mit einem Aprilscherz.

Die „Kieler Zeitung“ gehört zu den Organen der Deutschen Volkspartei, die mit besonderer Schärfe und Verbährtheit gegen den neuen Staat schreiben und arbeiten. Kennzeichnend für die journalistischen Mittel, die dabei angewandt werden, ist u. a. ein Vorfall der letzten Tage. Der Chefredakteur des Blattes, ein Herr Nagel, schrieb einen klammernden Artikel, dessen Hauptstück die Meldung war, daß im Neuen Palais in Potsdam ein Gastwirtschaftsbetrieb eingerichtet werden soll. Er gebärdete sich, als ob das Ende Deutschlands ge-

kommen wäre: „Das Grausen kann einem antommen, wenn man sieht, wie leichtfertig hier gemüht wird mit einem großen Gut, wie hier herumgetrampelt wird auf gut deutschen Herzen.“

Nun, zum Glück, es hatte niemand getrampelt, denn eine amtliche preussische Mitteilung stellte sofort richtig, daß die Sache mit dem Gastwirtschaftsbetrieb ein Aprilscherz gewesen sei, den die Aprilnummer eines Potsdamer Blattes verbreitet hatte! Herr Nagel hat dann auch diese Nachricht ziemlich verdeckt in seinem Blatt gebracht, aber hat es mit keinem Wort für nötig gehalten, nun auch verständigerweise zu erklären, daß damit ein großer Teil der Unterlagen seines gegen die Republik geschriebenen Artikels fortgefallen sei, und daß er sich freue, daß sich die von ihm so wild beklagte Meldung als erfunden herausgestellt habe.

Aber dazu hat Herr Nagel keine Zeit; er kann die Feder nur in die Hand nehmen, um die Republik damit zu bespritzen und seine Leser gegen sie aufzupeitschen, nicht aber, um, wie es den Gepflogenheiten einer anständigen Journalistik entsprechen hätte, festzustellen, daß er einem Irrtum zum Opfer gefallen sei, und daß die Republik wieder einmal zu Unrecht von ihm beschimpft worden ist.

Parteilag der Demokraten. Für den 8. ordentlichen Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei, der vom 4. bis 6. Oktober in Mannheim-Heidelberg stattfindet, lautet die vorläufige Tagesordnung: 1. Wirtschaftsprogramm (Referent Dr. Stolper); 2. politischer Bericht (Referent Reichsminister a. D. Koch-Weser, M. d. R.); 3. Die Reparationen und ihre finanziellen und wirtschaftspolitischen Auswirkungen; 4. Bayern- und Mittelstandspolitik (Referent Reichsminister Dietrich, M. d. R.); 5. Organisationsbericht (Referent Dr. Reppert, Hauptgeschäftsführer).



## Aegypten und die Arbeiterregierung

### Außenminister Henderson erringt die liberale Zustimmung.

London, 26. Juli. (Eigenbericht.)

Die Verteidigung der Arbeiterregierung wegen der Entlassung des britischen Oberkommissars in Aegypten Lord Lloyd gestaltet sich zu einem persönlichen Triumph für den Außenminister Henderson und zu einem großen moralischen Sieg der Regierung auf der ganzen Linie. Die Debatte wurde durch eine Rede des ehemaligen konservativen Ministerpräsidenten Baldwin eröffnet, die bewies, daß er sich als Ankläger in diesem Falle besonders unwohl fühlte.

### Außenminister Henderson

begann mit der Erklärung, daß keine grundsätzliche Veränderung der ägyptischen Politik erfolgt sei; besonders wandte er sich gegen den im Oberhaus erhobenen Vorwurf, daß er hinter dem Rücken des ägyptischen Oberkommissars mit dem ägyptischen Ministerpräsidenten verhandelt hätte. Henderson besprach die Vorgeschichte der Entlassung Lord Lloyds und berichtete, wie er kurz nach seinem Regierungsantritt eine der üblichen Mitteilungen Lord Lloyds an die Regierung erhalten und mit wachsendem Erstaunen von der Sprache des Oberkommissars gegenüber London und dem Geist seines Berichtes Kenntnis genommen hätte. Er habe sich hierauf den ganzen Akt Lord Lloyds geben lassen und sei von dem Auseinanderfallen der Auffassungen zwischen Chamberlain, seinem Vorgänger, und Lord Lloyd, dem Oberkommissar in Aegypten, in höchstem Maße betroffen gewesen. Henderson wies in einer Reihe überaus bezeichnender Fälle nach, wie

Lord Lloyd in allen großen Fragen der britischen Aegyptenpolitik in hartem Gegensatz zu Sir Austen Chamberlain gestanden

aber dem Außenminister geradezu entgegengehandelt habe, was zu umfangreichen telegraphischen Auseinandersetzungen geführt habe. Nach Hendersons Angabe wollte Lord Lloyd u. a. 1926 die Wiederkehr des verfassungsmäßig gewählten ägyptischen Ministerpräsidenten Zaghal Pascha zur Macht verhindern und habe dies trotz der Bemerktung Austen Chamberlains durchgesetzt; 1927 wollte Lord Lloyd die Anzahl der britischen Eisenbahnangestellten in Aegypten vermehren, konnte das jedoch in London nicht durchsetzen; später setzte Lord Lloyd beim Kabinett

gegen den Willen Chamberlains, der an eine Gefahr nicht glauben wollte, die Entsendung britischer Schlachtschiffe nach Aegypten durch, was die ägyptisch-britischen Beziehungen mehr vergriffen hat als irgendein anderes Ereignis der letzten 10 Jahre.

Im Frühjahr 1928 hat Lord Lloyd im Falle der Richtjurisdiction des Verarmungsgesetzes durch die ägyptische Regierung das Parlament auflösen und trotz der Nachgiebigkeit des damaligen Ministerpräsidenten zu „extremen Maßnahmen“ schreiten wollen. Zu Beginn 1929 seien die Beziehungen zwischen London und dem Oberkommissar so gespannt gewesen, daß der Verkehr schwierig geworden war.

Henderson erklärte weiter, daß ihm dieser Zustand unerträglich schien und verlas sein Telegramm an Lord Lloyd, das den Anlaß zum Rücktritt gab.

Das Telegramm beweist, daß Hendersons Handlung von dem Wunsch getragen war, die unter seinem Vorgänger verlorengegangene Oberherrlichkeit der Politik über die diplomatischen Geleise eines hohen Beamten wiederherzustellen.

Henderson erklärte schließlich, daß kein auf Aegypten bezügliche Abkommen getroffen werden würde, ohne dem Unterhaus zur Ratifizierung vorgelegt zu werden und auch die Zustimmung des ägyptischen Volkes gefunden zu haben. Diese Bemerkung Hendersons wurde von dem Haus allgemein als eine Anspielung auf eine Rückkehr Aegyptens zur parlamentarischen Demokratie verstanden.

Als Henderson unter lebhaftem Beifall der Arbeiterpartei wieder Platz genommen hatte, gab Sir Herbert Samuel, der frühere Oberkommissar in Palästina, die qualifizierte Zustimmung der Liberalen zu dem Vorgehen Hendersons bekannt.

### Des Schatzkanzlers Kritik am Young-Plan.

London, 26. Juli. (Eigenbericht.)

Schatzkanzler Snowden erklärte im Unterhaus zur Reparationsfrage, Großbritannien werde unter dem Young-Plan gerade genug erhalten, um die zukünftigen Jahreszahlungen an Amerika leisten zu können. Irigendwelche Ueberschüsse würden Großbritannien nicht verbleiben. Vorläufig bestände eine Differenz von 4 Millionen (Mark) zwischen den Summen, die Großbritannien an Amerika gezahlt, und den Zahlungen, die es von seinen kontinentalen Schuldner erhalten habe. Unter dem Young-Plan könne Großbritannien alle Hoffnungen aufgeben, diesen Rückstand jemals zurückzuerhalten. Großbritannien werde den Zahlungsplan dennoch annehmen, aber es könne nur unter Zwang diejenigen Maßnahmen des Young-Planes annehmen, die sich auf die Sachleistungen beziehen. Die Vorschläge des Young-Planes stellten eine neue Forderung nach weiteren Opfern Großbritanniens dar. Er, Snowden, glaube im Namen der Regierung zu sprechen, wenn er feststelle, daß nunmehr die Grenze für Großbritanniens Konzessionsbereitschaft erreicht sei.

Der Erklärung Snowdens war ein heftiger Angriff Lloyd Georges auf den Young-Plan vorausgegangen.

### Hakenkreuz-Ley verurteilt.

1000 M. Geldstrafe für eine unsagbare Gemeinheit.

Köln, 26. Juli. (Eigenbericht.)

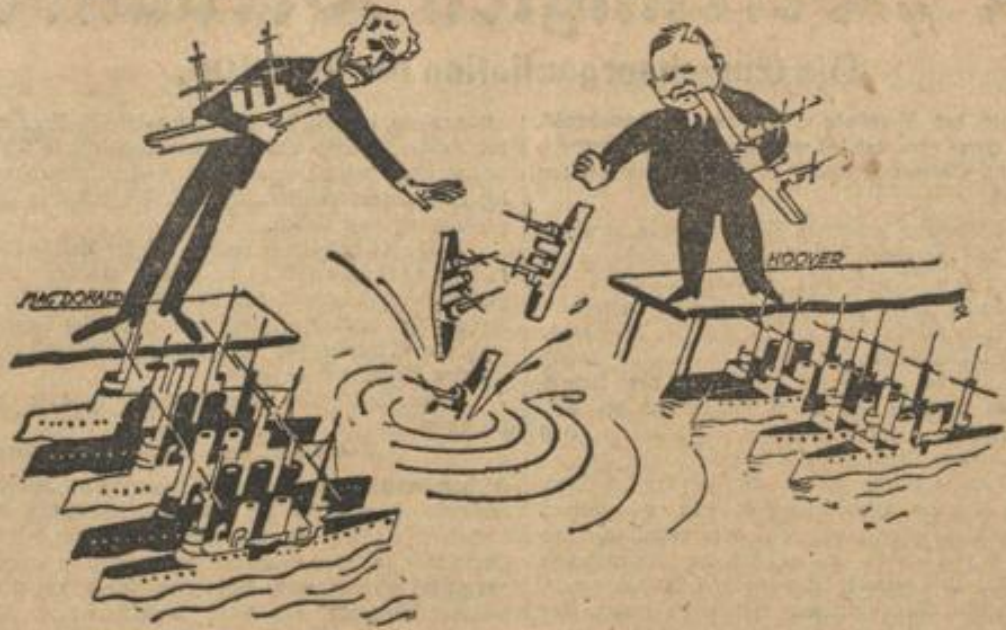
Das erweiterte Schöffengericht Köln verurteilte am Freitag den nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten Dr. Robert Ley, antwortend dem Antrag des Staatsanwaltes, wegen Religionsbeschimpfung, Aufhebung zum Klassenhaß und großen Unfug zu 1000 Mark Geldstrafe an Stelle einer verwehrteten Gefängnisstrafe von zwei Monaten.

Am 27. Oktober 1928 erschien der „Westdeutsche Beobachter“, für den der Abgeordnete Ley verantwortlich zeichnet, mit der Aufschrift: „Daube von den Juden geschädigt“. Darunter fand sich ein unsagbar gemeines Bild mit folgender Darstellung: Ein Knabe wird von zwei Juden, die Jglinberhüte tragen, gepöbelt. Der eine Jude sticht den Knaben mit dem Messer in den Hals, ein anderer Jude säugt Blut, und ein weiterer jüdisch aussehender Mann trinkt das Blut aus einer Schale. In dem Artikel blieb es, es bestreite kein Zweifel, daß Daube zum Diktator von den Juden geschädigt worden sei. Der Angeklagte erklärte, er habe mit dem Artikel nicht alle Juden gemeint, sondern nur eine bestimmte Setze. Auch der Verteidiger betonte, er wolle von seinen jüdischen Kollegen nicht behaupten, daß sie Christenblut trinken; damit seien nur „bestimmte ungezügelte Juden“ gemeint. Den Beweis für das Schauermärchen blieben beide Herren schuldig.

Die Halb-Erneuerung der holländischen Ersten Kammer hat den sozialdemokratischen Parteiführer Dudgeest hineingebracht.

Die amerikanischen Industriellen, die zurzeit in Rußland weilen, reisten nach Nischninowgorod ab, wo am 1. August die Messe eröffnet wird.

## Englisch-amerikanische Abrüstung.



Eine Vernichtung, bei der die Welt nichts verlieren wird, auch wenn nach den kleinen Schiffen die großen drantommen!

## Die Arbeitslosenversicherung.

Beschlüsse der Sachverständigen.

Amlich wird in später Nachtstunde mitgeteilt:

Die Sachverständigenkommission zur Begutachtung von Fragen der Arbeitslosenversicherung, die im Reichsarbeitsministerium seit dem 2. Juli tagt, erörterte in ihrem vierten Tagungsabschnitt die finanziellen Fragen in ihrer Gesamtheit und besandete nach der zweiten Lesung ihre Arbeiten am 26. Juli. Bekanntlich war es Aufgabe der Kommission, eine Reihe von unerwünschten Auswirkungen des Gesetzes und seiner Durchführung zu beseitigen und den finanziellen Aufbau der Arbeitslosenversicherung nachzuprüfen.

Eine wesentliche Rolle spielte die Frage der Arbeitslosenunterstützung bei berufsbillicher Arbeitslosigkeit. Die Kommission einigte sich dahin, daß die Saisonarbeiter auch weiterhin die Versicherung zu betreten hat. Die Frage, ob eine Sonderregelung für die Saisonarbeiter eintreten oder eine Gesamtregelung gefunden werden soll, bei der das Saisonrisiko entsprechend berücksichtigt ist, wurde von der Mehrheit dahin entschieden, daß beiden Gesichtspunkten Rechnung getragen werden soll.

Die Höhe der Arbeitslosenunterstützung soll in Zukunft allgemein zu der Dauer der vorangegangenen Beschäftigung in Beziehung gebracht werden. Daneben sollen die Saisonarbeiter nur die Unterstützungssätze der Krisenfürsorge erhalten, und zwar nach einer Wartezeit von zwei Wochen.

Von den anderen Verhandlungsergebnissen ist hervorzuheben, daß der Begriff der Arbeitslosigkeit im Gesetz bestimmt und damit eine Reihe von Unzuträglichkeiten ausgeräumt werden soll. Für eine Anzahl von Personengruppen, z. B. für die unständig Beschäftigten, für die nebenberuflich Tätigen und die Heimarbeiter sollen besondere Regelungen getroffen werden.

Weiter schlägt die Kommission in ihrer Mehrheit vor, die

Wartezeit für alleinlebende Arbeitslose allgemein auf zwei Wochen zu verlängern, für Arbeitslose mit großer Familie die Wartezeit auf drei Tage abzukürzen. In den Fällen, in denen das Wohnniveau am Unterstufungsorort geringer ist als am Arbeitsort, soll die Unterstützung der Lohnhöhe am Unterstufungsorort angepaßt werden. Ferner sind eine große Reihe von Beschläffen gefaßt worden, durch die die Verwaltung und das Verfahren vereinfacht werden sollen.

Soweit die bisher erwähnten Maßnahmen in ihrer finanziellen Auswirkung übersehen werden können, kann die Ersparnis auf rund 160 Millionen Mark im Jahre geschätzt werden. Das würde aber nach Auffassung der Kommission nicht genügen, um auf die Dauer die Einnahmen und Ausgaben der Reichsanstalt in Einklang zu bringen. Die Kommission schlägt deshalb, da Reichszuschüsse nicht in Frage kommen, eine befristete Beitragserhöhung um 1/2 Prozent vor. Schließlich soll die Reichsregierung ersucht werden, die Darlehen, die bisher der Reichsanstalt gegeben wurden, bis zum 1. April 1933 zu stunden.

Die Beschlüsse der Kommission wurden, wie dies bei der besondern Schwierigkeit der Materie verständlich ist, vielfach mit wachsenden Rücksichten gefaßt. Immerhin konnte in einer Reihe von Punkten volle Uebereinstimmung erzielt werden.

Das Reichsarbeitsministerium wird nunmehr nach Fühlungnahme mit den Landesregierungen eine Gesetzesvorlage vorbereiten, die nach dem Beschluß des Reichstages in der ersten Hälfte des August dem Reichsrat und dem Reichstag zugehen wird. Der ausführliche Bericht über das Ergebnis der Beratungen der Sachverständigenkommission wird in naher Zeit im Reichsarbeitsblatt veröffentlicht werden.

Soweit sich aus diesem dürftigen Bericht erkennen läßt, bedeuten diese Beschlüsse eine erhebliche Verschlechterung.

## Volksbundsführer Ullig bedingt verurteilt.

Das Gericht blamiert den Ankläger, wagt aber nicht, freizusprechen.

Kattowitz, 26. Juli.

Um 20 Uhr 20 verkündet der Vorsitzende nach dreistündiger Beratung im Ullig-Prozess folgendes Urteil: Der Angeklagte wird der Beihilfe zur Entziehung vom polnischen Militärdienst schuldig erklärt und zu fünf Monaten Gefängnis bei voller Anrechnung der Untersuchungshaft und zweijähriger Bewährungsfrist verurteilt.

In der Begründung führte der Vorsitzende aus, daß das Gericht zu einem „Schuldig“ kommen mußte, weil es die Unterschrift unter dem sogenannten Bielucha-Dokument als echt anerkannte, da nach der Aussage von Ullig selbst er kein Schriftstück ohne seinen Namenszug herausgegeben ließ. Das Gericht erkannte jedoch an, daß er aus idealen Beweggründen und aus Liebe zu seinem Volke gehandelt habe, und deshalb habe es auch das Strafmaß niedriger bemessen. Außerdem, so führte der Vorsitzende weiter aus, hat das Gericht dem Angeklagten einen dreijährigen Strafausschub gewährt und Bewährungsfrist zugestimmt und gleichzeitig die Untersuchungshaft voll angerechnet. Die Verteidigung hat gegen das Urteil sofort Berufung eingelegt.

Dieses Urteil ist als Brandmarkung der Anklage um so höher zu werten, als in Polen die Unabsehbarkeit der Richter durch ein Regierungsdekret aufgehoben worden ist, jeder Richter also mit dem Verlust seiner Existenz rechnen muß, wenn er nicht so urteilt, wie man oben wünscht. Man kann aber auch vermuten, daß die Regierung im Interesse der deutsch-polnischen Annäherung nicht mehr zu jener Anklage steht, die ihr Mitglied Jaleski in geradezu verwerflicher Weise, lange vor ihrer Klärung in öffentlicher Gerichtsverhandlung, zur Stimmungsmache im Völkerrundrat mißbraucht hat. Wenn auch Ullig jetzt die Genugtuung erfährt, von dieser haltlosen Anklage freigesprochen zu werden, die auf Spitzelarbeit und Fälschung beruht, so bleibt er doch von Strafe frei. Fürs erste mag das genügen — für die Zukunft aber sei Polen gesagt, daß eine unerlässliche Vorbedingung

jeder Annäherung der beiden Nachbarstaaten sein muß: die Herstellung voller Rechtssicherheit und Gleichberechtigung der deutschen Minderheit — sowohl im Völkerrundland Ostoberschlesien wie in ganz Polen!

### Ohrfeige für Bazille.

Stuttgarter Gemeinderat korrigiert den verfassungseindlichen Minister.

Stuttgart, 26. Juli. (Eigenbericht.)

Der württembergische Kultusminister Bazille hat die Absicht der Reichsregierung, die von ihr zum 10. Gedanktag des Zustandekommens der Weimarer Verfassung herausgegebene Festschrift als Prämie an die Schulkinder verteilen zu lassen, durch seine schroff ablehnende Haltung zu sabotieren gesucht. Darauf antworteten die sozialdemokratischen Rathausfraktionen in den größeren Städten des Landes mit Anträgen, die Schrift zum gleichen Zweck aus städtischen Mitteln anzuschaffen.

Die zuständige Abteilung des Stuttgarter Gemeinderats hat jetzt diesem Antrag gemäß beschloffen, 3000 Exemplare der Schrift zu bestellen und in dem von der Reichsregierung gewünschten Sinne zur Verteilung zu bringen. Für den Antrag stimmten Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum und Deutsche Volkspartei. Als eine besonders schmerzliche Ohrfeige für Bazille muß die Erklärung der Vertreter der Deutschnationalen im Gemeinderat angesehen werden. Sie erklärten lediglich, daß ihnen die Zahl von 3000 zu hoch erscheine, daß sie aber für einen Antrag, 1000 Exemplare anzuschaffen, gestimmt haben würden.

Sie haben sich damit grundsätzlich in Gegensatz zu Bazille und der Stuttgarter deutschnationalen Presse gestellt, die gegen die Verteilung der Festschrift Stellung genommen hatten.

Der sächsische Innenminister hat nach einer Konferenz mit den Polizeipräsidenten festgestellt, daß einstweilen kein Anlaß bestehe, die „Sächsische Arbeiterwehr“ zu verbieten.



# Die „Bereinigten Verbände“.

## Die Einheitsorganisation der 700 000.

Die Beiräte der Verbände „Deutscher Verkehrsbund“, „Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter“ und „Verband der Gärtner und Gärtnerarbeiter“ beschloßen einstimmig den Zusammenschluß.

Die in den letzten Monaten geführten Verhandlungen über den Zusammenschluß der drei vorgenannten Organisationen haben zu einem abschließenden Resultat geführt. Nachdem am 25. Juli der Verbandsbeirat der Gemeinde- und Staatsarbeiter und der Gärtner und Gärtnerarbeiter und am 26. Juli der erweiterte Vorstand des Deutschen Verkehrsbundes einstimmig der Schaffung der Einheitsorganisation „Bereinigte Verbände der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen und des Personen- und Warenverkehrs“ zugestimmt hatten, tagte am 26. Juli nachmittags eine gemeinsame Konferenz der drei Verbände.

Die gemeinsame Tagung wurde von dem Vorsitzenden des Deutschen Verkehrsbundes, Genossen Oswald Schumann, eröffnet, der in seiner Begrüßungsansprache auf die außerordentliche Bedeutung dieser Tagung hinwies. Er betonte, daß die Konzentration der Kräfte von jeher das Lösungswort jeder der drei Verbände war, die sich auf ihren einzelnen Tagungen nun entschlossen haben, ihre Selbstständigkeit zugunsten der Einheitsorganisation aufzugeben. Schumann gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Zusammenschluß den Arbeitergruppen, die in den „Bereinigten Verbänden“ ihre Interessenvertretung finden werden, neue Vorteile bringen und einen neuen Aufstieg der „Bereinigten Verbände“ im Gefolge haben wird.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beschloß die Konferenz auf Vorschlag des Genossen Schumann einstimmig, durch Telegramm dem schwerkranken Reichstanzler Hermann Müller beste Wünsche für baldige Genesung zu übermitteln.

Das Referat über den Zusammenschluß erstattete Genosse Carl Polenske vom Vorstand des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Polenske schilderte in kurzen Zügen die Entwicklung der drei Organisationen seit ihrem Bestehen. Der Zusammenschluß sei aus organisatorischen, gewerkschafts- und wirtschaftspolitischen Gründen eine Notwendigkeit.

Die großen Fragen der öffentlichen Wirtschaft und der Gemeinwirtschaft, an denen die drei Verbände ganz besonders interessiert seien, erfordere auch hier eine Konzentration der Kräfte. Er sprach sein Bedauern darüber aus, daß in der Großorganisation der Arbeiterschaft der öffentlichen Betriebe und der Gemeinwirtschaft der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands zurzeit noch fehle. Die neue Organisation wird nicht nur eine Großorganisation der Hand-

arbeiter sein, sondern sie wird auch zahlreiche Beamtengruppen der Reichs-, Staats- und Kommunalbetriebe in sich schließen. Es ist zu wünschen, daß die verwandten, noch fernstehenden freigewerkschaftlichen Beamtenorganisationen in bald den Weg zu dieser Beamten-großorganisation finden.

Polenske betonte weiter, daß die Verhandlungen in kameradschaftlichen Geiste geführt worden sind und daß deren ganzer Verlauf beweist, daß allen Verhandlungsteilnehmern die Bedeutung des in Angriff genommenen Werkes bewußt war. Darin ist auch die Garantie für die günstige Weiterentwicklung der „Bereinigten Verbände“ gegeben.

Einen Teil seiner Ausführungen widmete der Referent der künftigen

### Tarifpolitik der „Bereinigten Verbände“.

Er hob dabei hervor, daß neben den großen Gesichtspunkten der allgemeinen Tarifpolitik der freigewerkschaftlichen Arbeiterbewegung auch der soziale Arbeitsvertrag in den Reichs-, Staats-, Gemeinde- und Gemeinwirtschaftsbetrieben in fortschrittlichem Sinne ausgebaut werden muß. Außerdem ist zu erwarten, daß die „Bereinigten Verbände“ mit ihren annähernd 700 000 Mitgliedern einen stärkeren Einfluß als bisher auf die gesetzgebenden Körperschaften in Reich, Staat und Gemeinden ausüben können.

Auf eine Diskussion wurde verzichtet. Die Konferenz stimmte entsprechend dem Vorschlag des Genossen Polenske den Abmachungen über die Verschmelzung zu.

Weiter wurde beschloßen, die gemeinsamen Verbandstage am 19., 20. und 21. September 1929 in Berlin abzuhalten.

In seinen Schlussausführungen bemerkte der Vorsitzende des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Genosse Münzner, es sei für ihn außerordentlich schmerzhaft gewesen, als der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands auf seiner Verbandstagung im vorigen Jahre Beschlüsse gefaßt habe, die in absehbarer Zeit den Zusammenschluß auch mit dieser Organisation zunächst unmöglich machten. Es brauche aber die Hoffnung nicht aufgegeben zu werden, daß doch noch die Zeit kommt, wo auch der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands sich mit der neuen Organisation zusammenschließen wird. Das läge nicht nur im Interesse unserer Berufscollegen, sondern auch in demjenigen der Eisenbahner. Nehmt schon an allen Orten brüderlich und kollegial zusammenzuarbeiten und alle Kräfte einzusetzen, um das gemeinsame große Werk zu fördern. Mit einem begeisterten Aufgenommenen hoch auf die kommende Einheitsorganisation schloß Genosse Schumann die Konferenz.

bindungen seien aufgenommen worden; der Ausbau der Internationalen mache Fortschritte. Künftig würden mehr als bisher internationale Branchenkongresse abgehalten, vor allem für solche Industriezweige, die gut durchorganisiert seien.

In einer besonderen Einschließung nahm der Kongress zur Frage der Ratifizierung des Washingtoner Achtstundentagsabkommens Stellung. Er spricht darin die Erwartung aus, daß die Ratifizierung durch England die Anerkennung der Konvention auch in den übrigen Ländern beschleunigen werde und appelliert an den IOB, an das Internationale Arbeitsamt und an die der Fabrikarbeiter-Internationale angeschlossenen Verbände, jetzt mit allen Kräften die Aktion zugunsten der Ratifizierung zu fördern und damit der englischen Arbeiterregierung gegenüber der Opposition den Rücken zu stärken.

### Gemeinde-Internationale nach Berlin.

Vom 16. bis 18. Juli hielt die Internationale Föderation des Personals der öffentlichen Dienste und Betriebe in Stockholm ihren ordentlichen Kongress ab, der von 43 Vertretern aus 10 Ländern besucht war. Als Gäste wohnten dem Kongress der Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Sassenbach, sowie zwei Vertreter der Beamten-Internationale, Nordhoff und Falkenburg, bei.

Aus dem vom Sekretariat erstatteten Tätigkeitsbericht geht hervor, daß sich die Internationale in den letzten Jahren gut entwickelt hat und zurzeit über 500 000 Mitglieder zählt. Der Kongress beschäftigte sich zunächst mit der Regelung verschiedener organisatorischer Fragen, die sich durch die Krankheit und den Rücktritt des früheren Sekretärs ergeben haben. Es wurde u. a. beschloßen, den Sitz der Internationale von Amsterdam nach Berlin zu verlegen. Zum Internationalen Sekretär wurde der Vorsitzende des deutschen Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes, Genosse Fritz Müntner, gewählt. P. A. Levenan, England, wurde einstimmig als Vorsitzender wiedergewählt.

Beschlüsse wurden gefaßt betr. die Fragen der Berufskrankheiten in der Gas- und Elektrizitätsindustrie, die Ratifizierung des Washingtoner Achtstundentagsabkommens sowie die Sicherung der Friedens. Der Kongress behandelte weiter die Frage einer Verschmelzung mit der Beamten-Internationale und nahm hierzu eine Einschließung an, die sich im Prinzip dafür ausspricht und den internationalen Vorstand beauftragt, auf eine Verschmelzung der nationalen Verbände der Arbeiter und Beamten hinzuwirken, um dadurch den internationalen Zusammenschluß zu ermöglichen.

### Der Streik der Geldschrank- und Bauschlösser.

#### Feste Front der Angestellten.

Wie uns von der Streikleitung der beteiligten IFA-Gewerkschaften, Zentralverband der Angestellten, Bund der technischen Angestellten und Beamten, Deutscher Werkmeister-Verband, mitgeteilt wird, sind die Angestellten der bestreikten Geldschrankfabriken und Bauschlössereien der an sie ergangenen Aufforderung zur Arbeitsniederlegung restlos nachgekommen.

Durch den für Nichtbeteiligte überraschend einsehenden Streik der Arbeiterschaft sind nunmehr alle wichtigen Mitgliedsbetriebe des Schloßverbandes, auch die von den Angestellten aus tatsächlichen Gründen nicht bestritten, in Mitleidenschaft gezogen, wodurch die Situation eine wesentliche Verschärfung erfahren hat. Die daraus sich ergebende und für die freien Gewerkschaften selbstverständliche Zusammenarbeit der Streikleitungen beider Arbeitnehmergruppen wird daher auch diesen Arbeitgeberverband trotz der indirekten Unterstützung durch die Harmonieverbände zwingen, die berechtigten Forderungen der Angestellten-schaft anzuerkennen.

Jedemwelsche Anfragen aus den Angestelltenkreisen der nichtbestreikten Betriebe usw. sind entweder direkt an die Geschäftsstellen der drei Verbände bzw. in der Zeit von 10 bis 14 Uhr an die Zentralstreikleitung, Engelhardt, Inh. Rusch, Berlin, Brunnenstraße 140, Telefon: Humboldt 2310, zu richten.

### Ein Notzfrei.

#### 82 000 restlose Eisenbahner.

Von einem Hilfsbeamten der Reichsbahn wird uns geschrieben: Die Reichsbahn beschäftigt 82 000 Lohnempfänger als Hilfsbeamte. Diese Hilfsbeamten sind weder Beamte, noch Arbeiter, noch Angestellte. Auf der Hilfsbeamte die Verantwortung eines Beamten tragen, so ist er hinsichtlich der Rechte, die sich entweder aus dem Beamten- oder dem Arbeiterverhältnis ergeben, sozugen vogelfrei. Will er sich durch die Personalvertretung in einer Angelegenheit vertreten lassen, kann sich keine dieser Instanzen seiner voll annehmen, denn immer spielt keine Beschäftigung bzw. seine Entlohnung in ein Gebiet, für das die jeweilig angerufene Vertretung nicht zuständig ist.

Auch in bezug auf die Entlohnung der geleisteten Dienste nimmt der Hilfsbeamte eine Sonderstellung ein. Bei oft dauernder Beschäftigung in Stellen, des mittleren gehobenen Dienstes kommt er nur nach Lohngruppe 3 des Lohnarbeitsvertrages entlohnt werden. Es kommt daher nicht selten vor, daß Hilfsbeamte mit Sekretären, ja sogar Inspektoren zusammen den gleichen Dienst verrichten und nur den Lohn eines Handwerkers ohne den Ueberverdienst aus Gedingearbeit erhalten, obwohl sie eine dauernde Reicharbeit leisten müssen, wobei noch berücksichtigt werden muß, daß den Beamten für ihre Arbeit außer dem um mehr als die Hälfte höheren Gehalt noch hin und wieder eine „Leistungszulage“ gezahlt wird. Ebenso steht das Verhältnis des Erholungsurlaubes.

Bei der Post müssen auf Grund gesetzlicher Bestimmungen die Hilfsbeamten nach acht Jahren in das Beamtenverhältnis übernommen werden. Die Reichsbahndirektion ist dagegen durch nichts verpflichtet, ihr Versprechen in einer bestimmten Zeit einzulösen. Sie schaltet daher rücksichtslos und stellt immer mehr Hilfsbeamte ein, ohne den schon vorhandenen eine ihrer Tätigkeit angemessene Entlohnung zuteil werden zu lassen. Die Ausrede der Verwaltung, daß kein Bedürfnis an Beamten vorliege, wird durch das Vorhandensein von über 80 000 fast ständig im Beamtendienst Beschäftigten widerlegt.

Die Reichsbahndirektion weiß aber sehr gut ihren Vorteil aus den unsicheren Rechtsverhältnissen der angeführten Bediensteten zu ziehen. Durch die geringe Entlohnung sind die Hilfsbeamten gezwungen, Ueberstunden- und Sonntagsarbeit, die ihnen als eine großmütige Vergünstigung angeboten wird, zu leisten, um so mehr, als sie befürchten müssen, bei eventueller Weigerung ihre Arbeit zu verlieren, oder zumindest bei eventueller Anstellung Schwierigkeiten zu haben. Daß in einem Monat 30 bis 31 Tage gearbeitet werden muß, ist keine Seltenheit. Oft übersteigt aber die Zahl der in Tagewerte umgerechneten Arbeitstage die Monatstage um ein Erhebliches.

So leben mitten im Rechtsstaate Zehntausende von Menschen so gut wie rechtlos. Sie alle leiden schwer sowohl körperlich wie seelisch. Daher ergeht an alle zuständigen Stellen der Notruf der Reichsbahn-Hilfsbeamten um Abhilfe.

Den Hilfsbeamten aber sei gesagt, nicht allein auf Hilfe von außen zu rechnen. Selbst müssen wir unser Schicksal zu bessern versuchen. Dies können wir aber nur, wenn wir uns einheitslich in einer Organisation zusammenschließen, in der auch das Verständnis für unsere Not vorhanden ist. Diese Organisation braucht nicht erst geschaffen werden, sie besteht schon lange. Es ist der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands.

### Lehrlingstariflöhne im Baugewerbe.

Bei der jüngsten ab 11. April geltenden tarifvertraglichen Lohnbewegung für das Baugewerbe wurden auch die Lehrlingslöhne für die 28 verschiedenen Vertragsgebiete festgelegt. Die Lehrlingslöhne stehen durchweg in einem bestimmten Prozentverhältnis zu den Gesellenlöhnen, das mit 10 Proz. im ersten Lehrjahr beginnt und mit der Dauer der Lehrzeit bis zu 65 Proz. im vierten Lehrjahr steigt.

Da die Gesellenlöhne in den einzelnen Vertragsgebieten verschieden sind und die Lehrlingslöhne teils für das erste, zweite und dritte, teils für ein viertes Lehrjahr oder für sechs bis acht Halbjahre bemessen sind, ergibt sich eine ganze Musterkarte von Lehrlingslöhnen, die mit 9 Pf. pro Stunde im ersten Lehrjahr in der Grenzmark beginnt und mit 101 Pf. im Norden (Groß-Homburg) endet.

Für Berlin ist noch ein Altersunterschied beim Eintritt in die Lehre gemacht und zwar bis zum 16. Lebensjahr und nach dem 16. Lebensjahr. Im ersten Falle beginnt der Lehrlingslohn im ersten Halbjahr der Lehre mit 15 Pf., für über 16jährige mit 23 Pf. Der Lohn steigt dann auf 23 bzw. 31 Pf. im zweiten, 31 bzw. 38 Pf. im dritten Halbjahr der Lehrzeit, auf 46 bzw. 54 Pf. im vierten, 61 bzw. 69 Pf. im fünften und auf 76 bzw. 84 Pf. im sechsten Halbjahr; oder in Prozenten von 10 auf 15, 20, 30, 40 bis zu 50 Proz., bzw. von 15 bis 55 Proz.

Bemerkenswert ist eine uns vorliegende Auslassung eines Unternehmervortrages gegen die prozentuale Regelung der Lehrlingslöhne:

„Die Entschädigungen für den Lehrling müssen in feststehenden Sätzen angegeben werden. In diesem Falle scheiden Lehrlinge aus jeder Lohnbewegung von selbst aus, weil ja die Vergütung für drei Jahre festgelegt ist, während bei der Anlehnung der Vergütung an den Gesellenlohn die Lehrlinge in jede Lohnbewegung hineingezogen werden. Welche Gefahr da besteht, brauche ich wohl nicht besonders zu erörtern.“

Diese Auffassung macht zwar der Profitsucht der Herren (Glas- und Gebäude-) Reinigungsunternehmer alle Ehre, doch ist sie ebenso ungerecht, als ihre Begründung hinfällig. Nennenswerte Lohn-erhöhungen werden nur dann durchzuführen sein, wenn eine Verteuerung der Lebensmittel eingetreten ist. Die Festsetzung bestimmter Nominallöhne für die Lehrlinge während der ganzen Lehrzeit, die durchweg länger ist als die Tarifvertragsdauer, bedeutet im Falle der Steigerung der Lebenshaltungskosten eine Benachteiligung des Lehrlings, namentlich seiner Eltern.

In einer Lohnbewegung der Gesellen sind die Lehrlinge nicht aktiv beteiligt. Daß sie aber weniger Anteil daran nehmen und zufrieden sein sollen, wenn sie dabei materiell von vornherein ausgeschlossen sind, dürfte sich als ein Irrtum erweisen.

Zweifellos ist die prozentuale Anpassung der Lehrlingslöhne an die Gesellen- oder Gehilfenlöhne das Richtige.

### Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Denk-, Sprech-, und sonstige Veranstaltungen: Schülerkreistreffen im Prekerbrück, Fallmutteral nicht vergessen. Treffen am Cannenberg um 17½ Uhr und 20 Uhr am Schützenplatz (an der Glas-lippe). — Kreis Oberpreußen: Kreisfahrt, Langelsberg — Aienbaum — Maritz. — Kreis Westpreußen: Nachtwanderung, Bernau-Neuborf. Treffen um 19 Uhr am Zentrallochhof.

Verantwortlich für Text: Dr. Carl Geper; Wirtschaft: G. Klingebiel; Gewerkschaftsbewegung: J. Zelner; Redaktion: A. B. Widder; Postales und Sonstiges: Fritz Reichardt; Anzeigen: H. Glöckel; sämtlich in Berlin. Verlag: Fortschritt-Verlag G. m. b. H. Berlin, Druck: Fortschritt-Verlag und Verlagsgesellschaft, Postfach 10, Berlin, Preis 60 Pf. Einbandstraße 2. Hierzu 1 Beilage und „Unterhaltung und Wissen“.

### Amsterdamer Heereszäulen.

#### Holzarbeiter- und Fabrikarbeiter-Internationale.

Zu den kräftigsten internationalen Berufsarmeen der Gewerkschaften gehören die der Holzarbeiter und der Fabrikarbeiter, die in diesen Tagen ihre Kongresse in Heidelberg und in Hannover abhalten. Die Holzarbeiter-Internationale umfaßt am 1. Januar 1929 50 Verbände in 26 Ländern mit 1 025 299 Mitgliedern. Heute erstreckt sich die Internationale Union der Holzarbeiter auf vier Weltteile; mit wenigen Ausnahmen sind alle wichtigeren Holzarbeiterverbände der Welt umfaßt. Die Holzarbeiter-Internationale rangiert unter den 26 Internationalen Berufssekretariaten an vierter Stelle. Christen und Kommunisten verschwinden ihr gegenüber. Die Holzarbeiter-Fachgruppe des Internationalen Bundes der christlichen Gewerkschaften umfaßt kaum 50 000 Mitglieder und die Moskauer Holzarbeiter-Internationale zählt, außer den rund 155 000 Mitgliedern des russischen Holzarbeiterverbandes, in den übrigen Ländern nur Organisationspflücker und -trümmer ohne Bedeutung.

Anknüpfend an ein Begrüßungswort des sozialdemokratischen badischen Innenministers Kemmler, der die Ausstattung der Gesetzgebung mit stark sozialem Charakter gefordert hatte, betonte Tarnow: Nicht in der Regation der Staatsform und Staatsgewalt, sondern nur in der Gemeinschaft können wir vorwärtkommen. Die Größe des Internationalen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes überbrachte Leipart.

Am Verlauf der Verhandlungen wurde am Freitag ein Antrag des Exekutivkomitees, der den Abschluß von Freundschafts- und Gegenseitigkeitsverträgen mit russischen Verbänden verbietet, mit überwältigender Mehrheit angenommen. Bis zum 1. Dezember des Jahres müssen sich danach die britischen Möbelerbeiter und die finnischen Holzarbeiter entscheiden, ob sie mit Moskau oder mit der Internationalen Union der Holzarbeiter zusammenarbeiten wollen. Trifft bis dahin beim Sekretariat keine befriedigende Antwort ein, erfolgt der Ausschluß. Ein Antrag der österreichischen Holzarbeiter, die Organisation der Jugend in der Holzindustrie als besonderen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen, gab dem Kongress die Veranlassung zu dem Beschluß, über die Methoden der Organisation der Jugendlichen an die einzelnen Verbände eine Rundfrage zu richten, deren Ergebnis auf der nächsten Tagung der Union behandelt werden soll.

Die Internationale Union der Holzarbeiter wird nach den Beschlüssen des Kongresses künftig ihren Sitz in Berlin haben. An Stelle von Woubenberg ist Fritz Tarnow zum internationalen Sekretär gewählt worden. Tarnow dankte dem Kongress, der seine Wahl mit großem Beifall aufnahm, für das ihm gegenüber bekundete Vertrauen; er versprach, seine ganze Arbeitskraft in den Dienst der Union zu stellen. Bei der Neuwahl des Exekutivkomitees blieben die bisherigen Vertreter in ihren Ämtern; ferner wurde Sammers vom holländischen Verband in das Exekutivkomitee gewählt.

Auf der Tagung der Fabrikarbeiter-Internationale sind 55 Delegierte anwesend. Der Vorsitzende des Deutschen Fabrikarbeiterverbandes, August Brog, eröffnete den Kongress mit einem kurzen Begrüßungswort, in dem er gegenüber der neuen Kriegsgefahr als Ziel der Fabrikarbeiter friedliches Zusammenarbeiten aller Staaten und Völker hervorhob. Die Kapitalisten wollten national und international allein über das Schicksal der Wirtschaft bestimmen. Demgegenüber setze sich die Fabrikarbeiter-Internationale für die Richtlinien des IOB ein; sie fordere vor allem Durchführung der auf der Weltwirtschaftskonferenz in Genf im Jahre 1924 eingeleiteten Bestrebungen auf Beseitigung der Zollschranken.

Sassenbach als Vertreter des IOB hob das gute Zusammenarbeiten mit den internationalen Berufssekretariaten hervor. Die Fabrikarbeiter-Internationale umfaßt, wie aus dem Bericht ihres Sekretärs de Jonge-Amsterdam hervorgeht, heute in 15 Ländern und 22 Verbänden 535 627 Mitglieder. Neue Ver-



# Zweiter Hinterhof drei Treppen.

Die Geschichten spielen irgendwo in Moabit mit seinen fahlen, menschenüberfüllten Katern, im Osten mit seinen Massenquartieren, im Norden mit seinen Glendshäusern oder im Süden. Charakteristisch ist immer diese Häufung von Menschen, die einen kaum atmen läßt, wenn man aus dem Getriebe der Arbeit im „traulichen Heim“ untertauchen möchte. Hier kennt jeder jeden. So eine Metastase ist ein Dorf. Und wehe, wenn jemand aus dem Rahmen dieses Dorfes herausfällt. Er muß buchstäblich Spieghruten laufen.

## Klassik.

Frau Müller hatte die Geschichte Fräulein Schulz erzählt und Fräulein Schulz hatte sie unter Distinktion Frau Fuhrmann weitergesagt, und die hatte ehrenwörtlich Frau Meier in die Geheimnisse der Geschichte eingeweiht, aber natürlich nur unter Distinktion. Na, und wenn Frau Meier so etwas weiß, dann weiß das natürlich das ganze Stadtviertel oder zum mindesten die halbe Straße.

„Das Fräulein Krüger, das so schnell verweist ist, kriegt ein Kind, und zwar mit diesem ekelhaften Reichswehrsofdaten. Sie wissen doch, mit dem sie immer die Haustür ausgewischt hat. N' Standal ist das. Daß da die Polizei nicht einschreitet.“

Das war der Tatbestand. Aber Fräulein Müller kriegt in Wirklichkeit kein Kind und war wirklich nur geschäftlich verweist, und das mit dem Reichswehrsofdatenwar auch stark übertrieben. Fräulein Krügers Verlobter war gar nicht bei der Reichswehr. Außerdem, was ging das schon Frau Meier an, mit wem sie die Haustür auswischte. Von der ließ sie sich noch lange kein Kind andrehen. Und überhaupt, diese Frau Meier, diese Person, die hatte es nötig, wo ihre fünf Söhne alle einen anderen Vater hatten. Und von der ließ sich Fräulein Krüger noch lange kein Kind andrehen. So kam man zum Richter. — Frau Meier hatte natürlich gar nichts gesagt und wenn sie schon etwas gesagt hätte, dann hätte sie es bloß von Frau Fuhrmann gehört, und Frau Fuhrmann war geradezu entsetzt. Frau Meier hatte doch ihr Ehrenwort gegeben, daß sie es nicht weiter erzählen wolle. Und außerdem hatte sie es von Fräulein Schulz. Na, und Fräulein Schulz hatte es bloß erzählt, weil es Frau Müller erzählt hatte. Und die war doch Flurnachbarin von Fräulein Krüger. Und Frau Müller hatte geglaubt, weil Fräulein Krüger doch so plötzlich verweist und — überhaupt, da stimmte was nicht.

Aber weil Frau Müller das Kind gern wieder zurücknehmen wollte, ließ es Fräulein Krüger bei einer Ehrenerkklärung bemenden. Mit Publikationsbefugnis in der Zeitung natürlich. „Ich nehme hiermit das Kind zurück, das Fräulein Krüger getriegt haben soll. Frau Müller, gep. Hebamme.“

## Portiers.

Das Haus gehört einem Tscheden. Angeblich hat er ihrer zwanzig in Berlin. Um die Verwaltung kümmert er sich nicht. Die notwendigen Reparaturen dauern endlos. Nur die Mieten werden pünktlich kassiert und sonst regiert der Herr Portier. Da der Herr Portier tagsüber aber beschäftigt ist, bleibt die Frau Portier der Herr im Hause. Das besorgt sie denn auch. Sie kann wirklich nicht dafür, daß sie Raichschi heißt. Aber die Jungen, die in diesem Hause wohnen, können auch nichts dafür. Und da Frau Raichschi sie weidlich ärgert und sie niemals auf dem Hof spielen lassen möchte, sondern am liebsten auf die Straße jagt, so haben sie den Namen von Frau Raichschi für ihre Zwecke etwas zurecht gemacht. Und dann klingt er noch weniger schön. Und die Jungen, die ihr diesen Spitznamen angehängt haben, sollen die von Frau Eckardt sein. Fünf Mann hoch. Der Älteste 14, der Jüngste 7 Jahre. Alle mit einem herrlichen Organ behaftet und in der Straße bekannt

wie ein hunter Hund. Sowie sich Frau Raichschi sehen läßt, geht das Gedröse los. Und zu kriegen kriegt man keinen. Und wenn man einen vertobaden möchte, dann kommen gleich die Großen und machen Krach. Infolgedessen plagt Frau Raichschi beinahe vor Wut. Dicht davor ist sie auch heute wieder und schuld haben bloß die Eckardts, diese — wenn man nicht gerade vor Gericht wäre, müßte man „Pausenbände“ sagen. Bei Eckardts war nämlich die Rohrleitung geplagt. Noch dazu im B. C. Und das Rohr wurde und wurde nicht gemacht. Da aber der Mensch nun einmal das B. C. braucht, noch dazu eine so zahlreiche Familie wie die von Eckardts, so gab es jedesmal lauffigen Krach. Und da der Hauswirt sich um nichts kümmerte, blieb alles auf Frau Raichschi sitzen. Und eines Tages war die ganze Familie Eckardt zu Frau Raichschi runtergekommen, um ihr zu erzählen, daß sie von jetzt an bei Frau Raichschi ihr „Geschäft“ erledigen würde. Schließlich stand so ziemlich das ganze Hinterhaus auf der Treppe und freute sich königlich darüber, daß Frau Raichschi endlich einmal ihr Fett kriegt. Na, und da hatte Frau Raichschi ihrem Herzen Luft gemacht. Es war eine herrliche Abendunterhaltung geworden.

Gott sei Dank, daß man nicht alles mitkriegt. Aber der Richter meinte, es reiche auch so schon. Frau Raichschi sei wirklich nicht immer eine feine Frau. Aber da sie immerhin gereizt worden sei, müsse man ihr mildere Umstände zubilligen und es genüge, wenn sie 50 Mark bezahle.

## Die „Feine“.

Fräulein Elfriede Albrecht ist heute etwa 30 Jahre alt. Ein zerknüttertes, vergrämtes und zerquältes Fräulein, das Sorge und Not gezeichnet haben. Ihre Eltern haben einmal Geld gehabt, sie selbst hat bessere Zeiten gesehen. Das einzige Schmuckstück, das sie in ihrem Zimmer hat, ist ein Familienbild, das ihre Familie auf dem väterlichen Gutshof zeigt. Sie selbst sitzt auf einem Kappen und weiß das Tier trefflich im Zaum zu halten. Das waren sie, die Albrechts vor 20 Jahren. Heute ist der Vater tot, die Mutter tot, der Gutshof nur noch ein Traum, und Fräulein Albrecht Asternmiete in zweiter Hof, drei Treppen bei Frau Krause.

Mit Kleingeldern ist sie an. Die Kinder schrien auf der Straße hinter ihr her und dann begannen die Weiber zu tuscheln, und zum Schluß hat man ihr ihre einzige Erinnerung an vergangene Tage, die Photographie, kaputtgeschlagen. Alles hat sie vertragen, alles in sich hineingefressen, denn die Monatsmiete betrug nur 25 Mark und es war ein anständiges Zimmerchen, aber selbst bei ihr gibt es Grenzen, die man nicht strotzen überschreiten darf. Diese elenden Scherben waren ihr einziges Glück, das einzige beinahe, was sie mit dem Leben verlohnte. Alles hat sie in Kauf genommen, Entbehrung, Not, häßliche Reden, Steinwürfe, nur das Bild sollte man ihr lassen. Als man ihr das nahm, hat man ihr ihren letzten Traum zertrümmert.

Deswegen hat sie Frau Krause verklagt. Aber Frau Krause war diesmal wirklich unschuldig. Ihre Tochter hat Staub gewischt und dabei die Photographie umgestoßen. „Und wenn sie gewischt hätte, der die Person von Sums mit der Ding macht, dann hätte sie der Mädchen ja gar nicht ranjassen. Aber wer denkt doch an alles. In schließlich, kaputt ist es ja nu. Wat kann man da noch machen.“ Fräulein Albrecht hat man nicht helfen können. Wie denn auch? Sie wohnt nicht mehr bei Frau Krause. Aber wieder haust sie im zweiten oder dritten Hinterhaus, wieder umgibt sie diese Feindseligkeit, wieder ist sie einsam und verlassen. . .

## Heute Probefahrt des Zeppelin.

„Graf Zeppelin“ wird heute Sonnabend früh um 5 1/2 Uhr zu seiner ersten Probefahrt aufsteigen. Die große zwölfstündige Probefahrt ist für Sonntag in Aussicht genommen.

# Wo ist Landgerichtsdirektor Bombe?

Vergeblische Suche am Stechlin-See.

Die Nachforschungen nach Landgerichtsdirektor Max Bombe, der bekanntlich während seines Erholungsurlaubs in Neu-Gloßow bei Rheinsberg verschwunden ist, haben bisher keinerlei Spur von dem Vermissten ergeben, so daß die Frage nach wie vor völlig ungeklärt ist, ob der Richter einem Verbrechen oder einem Unfall zum Opfer gefallen ist, oder ob er etwa, was auch nicht ausgeschlossen sein könnte, infolge nervöser Ueberreizung selbst Hand an sich gelegt hat. Auf Veranlassung des Gemeindevorstehers von Neu-Gloßow und des Oberlandjägersmeisters in Lindow (Markt), der für dieses Gebiet zuständig ist, haben sich am gestrigen Freitag die dort stationierten drei Landjäger mit einem Spürhund auf die Suche nach dem Vermissten gemacht und bis nachmittags 4 Uhr die bewaldeten Ufer des Stechlin-Sees umgangen. Trotz der größten Aufmerksamkeit der Beamten konnte aber nicht die geringste Spur ermittelt werden.

Landgerichtsdirektor Bombe ist als Vorsitzender großer Strafprozesse in der Öffentlichkeit bekannt geworden. Er war der Vorsitzende des Prozesses gegen den Rörder der Gräfin Lambdorff und der Senta Eckert. Dieser Prozeß war das letzte Gerichtsverfahren in Preußen, das mit einem Todesurteil endete. Seither ist in Preußen kein Todesurteil mehr vollstreckt worden. Bombe hatte sich aus den Erwägungen eines engen Formalsjuristentums heraus für die Ausführung des Todesurteils eingesetzt. Hestig umstritten war die Persönlichkeit Bombes als Vorsitzender des Gemeprozesses um die Ermordung des Schützenbanner. In diesem Prozeß ordnete Bombe den Ausschluß der Öffentlichkeit an, eine Maßnahme, die zu schärfster Kritik herausforderte. Bombe hat als Richter dank seiner hervorragenden Sachkenntnisse eine bedeutende Karriere hinter sich: jahrelang führte er den Vorsitz im Schwurgericht des Berliner Landgerichts III, dann wurde er Vorsitzender von Zivilkammern am Landgericht III; vom 15. August ab sollte er die Vertretung des Präsidenten dieses Gerichts übernehmen. Als Strafrichter hat Bombe die menschliche Berufung gesehen. Allen Problemen, die sich nicht durch starre Formeln erschöpfen ließen, stand er verständnislos gegenüber.

# Explosionsunglück auf einem Kreuzer.

12 Tote und 16 Verletzte durch Schießübungen.

London, 26. Juli.

Die Admiralität gibt bekannt, daß sich an Bord des britischen Kreuzers „Devonshire“ während der Schießübungen im östlichen Mittelmeer am Freitag morgen ein schweres Explosionsunglück ereignete. Wie die Admiralität weiter bekannt gibt, wurden bei der Explosion Kapitän John Bath, drei Unteroffiziere und zwei Matrosen sofort getötet. Sechs weitere Matrosen erlitten schweren Verletzungen kurz nach dem Unglück. Außer diesen zwölf Toten gab es noch drei lebensgefährlich Verletzte, sieben Schwer- und sechs Leichtverletzte.

# „Solidarität“ der „Roten Fahne.“

Die „Rote Fahne“ hat sich in den letzten Tagen mehrfach beschleunigen lassen müssen, daß sie inehrlich kämpft und daß sie selbst zum Mittel der Fälschung greift, um ihre ungeliebten Aufgaben durchzuführen. Zu diesem Vorwurf wollen wir heute noch einen neuen hinzufügen. Nicht einmal gegen die eigenen Anhänger ist die „Rote Fahne“ ehrlich. Die Spediture der Zeitung wollen ein Lied davon zu singen, wie die Proletarier von der Geschäftsleitung eines angeblich proletarischen Blattes behandelt werden. Der tröstliche Fall ist dem Spediteur der Filiale in der Weberstraße widerfahren. Dieser hatte eines Tages in das Schaukasten seiner Expedition eine Nummer der „Roten Fahne“ ausgehängt, in der ein Reichsbannerkomitee, der dicht bei der Filiale ein Zigarrengeschäft hat, wüst angepöbelt wird. Der



Copyright 1929 by Gustav Kiepenheuer Verlag A.-G., Berlin

Aber jetzt stellte er den Reuling, um ihn merken zu lassen, daß auch er jemand sei. Zudem hatte er gespürt, es mit einem Städter zu tun zu haben, einem Gebildeten gleich ihm selber; nicht mit einem Bauernrammel, aus denen das Regiment fast ausschließlich zusammengesetzt war.

„Funkt, Sie kennen Ihnen noch wenig aus, gefl.“ sagt er wohlwollend. „Es wird schon werden.“ Er ist ein großer Mann mit guter Gesichtsfarbe, die breite Brust ist in einen leidlich sitzenden Waffenrock hineingewölbt, an den kleinen Fingern beider Hände blitzen üppige Ringspiralen mit Steinen, wie auch die Offiziere es lieben — hier freilich nicht ganz frei von Messingglanz und Glasblindheit. „Funkt, wenn ich recht verstanden habe, Sie sind ein gebildeter Mensch, was ich sehe, drum wird es Ihnen interessieren, in großen Zügen ein Bild der Lage zu gewinnen. Sehen Sie — dort — in etwa sechs Kilometer Entfernung ist vorderster Linie und unser Regimentsabschnitt. Ein Kilometer hinterm vordersten Graben liegt unser Verbandplatz Fromelles; Sie werden heute noch dort sein. Er ist zurzeit besetzt von den Trägern der vornliegenden Kompagnien, von sechzehn Mann, einem Unteroffizier und einem Arzt. Ein zweiter Arzt — jedes Bataillon hat nämlich zwei — ist vorn im Graben zusammen mit drei Unteroffizieren. — Ja, Sie werden Ihnen vielleicht wundern und meinen: da sind die Sanitätsunteroffiziere im Graben vorn schlechter dran als die Krankenträger auf dem Verbandplatz. Wie mans nimmt. Ich weiß nicht, was ich wählen möchte. Die Krankenträger müssen nämlich hin und her laufen über freies Feld zum Teil, wenn was los ist, und los ist auch in unseren ruhigen Zeiten immer etwas. Die im Graben sitzen, sitzen für sechs Tage fest und gedeckt. Sie hören zwar ganz vorn, aber sie brauchen sich doch nicht zu rühren, es sei denn — no ja, wenn ein Angriff ist, dann geht's keinem gut, ob Graben oder Verbandplatz. Aber Angriffe: die haben wir ganz verlernt, und die Engländer — uns gegenüber sind nämlich Hochländer — offenbar auch. Wissen Sie, wann wir hergekommen sind? Vor einem halben Jahr. Da ging's wild auf — Preußen haben

wir abgelöst — und von der Ablösung müssen die drüben was gemerkt haben. Denn sie haben geschossen wie narisch, damals erst hat das Dorf böß gelitten. Aber dann ist's ruhig geworden und immer ruhiger. Schön ausgebaut ist unsere Stellung; wie stattlich unser Revier ist, sehen Sie selber. Die Offiziere haben behagliche Quartiere hier; nicht einmal im Keller, ganz frisch in ersten Stockwerken; der Kommandeur und andere Herren vom Regimentsstab, der Ortskommandant, der Grabenoffizier, der Herr Stabsarzt und so fort. Wir bauen Gemüse an und Obst in weiten Gärten. Daß noch ein wenig Zivilbevölkerung herumtraucht, werden Sie schon bemerkt haben: der Bürgermeister, ein paar alte Männer und ein paar Weiber, die auch nicht schön sind — halt, bis auf etliche junge, die für uns waschen; die sind heilsam noch in anderer Richtung.“

Er lacht, er sieht zum Himmel auf und sagt befehlend: „Sehen Sie, Funkt, da ist ein Flieger. Beachten Sie die weißen Bagerlin, die Wiltchen hinter ihm, neben ihm, das sind explodierende Schrapnells, hören Sie, wie's windig rumpelt; ganz schwächlich kracht's, und treffen tun die nie was.“

Fähnlein ist unzufrieden. Funkt ahnt nicht — und es beschämt ihn auch selbst wenig — wer da auf wen schießt, ob der Engländer feuert und der Deutsche im Flugzeug sieht, oder ob es umgekehrt ist. Er fragt auch nicht, und Fähnlein weiß schon wieder Neues.

„Sie meinen, es wär kompliziert? Merken Sie sich die Dreizahl: vorderster Graben, Reserverstellung, Ruhe. Daraus hinaus verteilen sich im wählenden Wechsel die drei Bataillone, aus denen das Regiment besteht. Die drei Dinger sind hintereinander gestaffelt, und der ganze Raum hat so seine Tiefe von zehn Kilometern, aber eine viel geringere Breite. Gar nicht schwierig. — Und wir hier in Fournes? Wir sind Regimentsstab und Revier und was so drum und dran hängt mit Kanzleien und Kasinos. — Das wär alles.“

7.

Pause. Fähnlein scheint sich erschöpft zu haben. „Und Sie, Herr Feldwebel, wann müssen Sie nun vor?“ fragt Funkt, nur um höflich zu sein.

Fähnlein wird unwillig. Er versteckt Verlegenheit hinter Ungnade. „Ich? Grad' hab' ich Ihnen gesagt, daß ständiger Platz des Reviers Ortsunterkunft Fournes ist. Ich muß dauernd hier sein, und es gibt mehr zu tun als irgendwo anders.“

„Das glaube ich,“ heuchelt Funkt achtungsvoll, und Fähnlein ist verhöhnt.

„Na ja,“ verkündet er. „Lang' kann es sowieso nicht mehr dauern. — Nein, ich mein' jetzt nicht, was Sie fetzend meinen, Funkt. Daß Sie lachen können, seh ich übrigens zum erstenmal, aber Sie lachen zu früh. Ich mein', wir werden nicht mehr viel älter im bisherigen Gang. Einmal, eine ganz leis zunehmende Unruhe ist beim Gegner zu verspüren. Was mich betrifft, ich glaub, da bereitet sich was vor. Der Nam weiß es ja natürlich besser, der ist immer gegenläufiger Ansicht, ob das einen Sinn hat oder nicht. Aber ich bin sicher, die Erkundungsflieger, die nächtlichen englischen Patrouillen, die haben was zu bedeuten. Da rumpelt's demnächst kräftig.“

Er tritt plötzlich einen Schritt zurück. Er räuspert sich und nimmt eine steife, halb dienstliche Haltung an. „Funkt, haben S' schon einen Toten gesehen? Passen S' auf, S' sollen Ihren ersten Kriegstoten sehen. Ich hab seit heut morgen einen gefallenen englischen Offizier in Verwahrung.“

Funkt hat das Gefühl, jemand jagt: ich habe seit heute morgen frische Ware auf Lager. Er ist verwirrt, er fragt: „Hier getötet? Wie kommt denn der Engländer —?“

Fähnlein lacht. „Ah nein! Man sieht, Sie kennen Ihnen noch immer schlecht aus. Er ist vor drei Nächten auf einem Schleichgang herübergekommen mit ein paar Mann. Im Schein der Beuchflugeln sind sie aber von den Unseren rechtzeitig entdeckt worden. Er ist im Feuer geblieben. Die nicht getroffen worden sind, haben sich und Bewunderte zurückbringen können. Ihn haben sie liegen lassen. Er ist bis gestern in unserem Drahtverhau geblieben. Dann haben ihn die Unsern in den Graben geholt. Von da haben ihn die Krankenträger auf den Verbandplatz geschafft. Von da hat ihn heut morgen, wie's noch dunkel war, der Totenwagen hierher gefahren.“

Funkt überlegt, weshalb man sich um den toten Gegner wohl so sehr bemüht. Aus Ehrerbietung, aus christlichen Gründen?

Der Feldwebel setzt sich in Bewegung auf einen äußersten Zipfel des Pensionatbaues zu, er zieht ein Schlüsselbund aus der Tasche und hält es wichtig in der beringten Faust. Er führt aus: „Sie müssen nämlich wissen, man läßt Leichen höchst ungern im Drahtverhau liegen — obendrein bei dem warmen Wetter. Was eine einzige Leiche den Graben verwesten kann, das glauben Sie gar nicht. Es ist unhygienisch. Wenn der Wind zum Gegner hinüberweht, ist's ja gut, dann hat der den Gestank in der Nase. Aber damit kann man nicht rechnen — zudem haben wir fast immer Wind von drüben. Das ist im ganzen recht, denn wir hören so den Feind, und er hört uns weniger.“

(Fortsetzung folgt.)



Reichsbannermann erwirbt eine einstweilige Verfügung zur Entfernung dieses Schimpfartikels aus dem Schaufenster. Gegen diese Verfügung wurde Widerspruch erhoben. Ein Prozeß entwickelte sich. Der Spediteur wurde schließlich zur Tragung aller Kosten verurteilt. Als jetzt die Kosten eingezogen werden sollten, ergab sich, daß die „Rote Fahne“ ihren Gesponsoren im Stich ließ. Die Kosten für diese Heiligkeit der „Roten Fahne“ darf der Spediteur selbst bezahlen. Sein Gehalt ist beschlagnahmt, außerdem muß er noch einen Offenbarungseid leisten. Das ist die berühmte Solidarität, von der die Leute zwar dauernd schreiben, aber die sie selbst überall vermissen lassen.

## Der Tod auf der Straße.

### Motorradunfälle und kein Ende.

Eine Reihe von schweren Verkehrsunfällen, bei denen u. a. zwei Personen getötet und mehrere andere schwer verletzt wurden, haben sich wiederum gestern Abend und im Laufe der Nacht ereignet. Das rücksichtslose Fahren vieler und meistens sehr jugendlicher Motorfahrer wird von den Chauffeuren sowohl wie vom Publikum mit wachsender Erregung verfolgt.

Auf der Chaussee Blankenburg-Karow stießen in der vergangenen Nacht kurz nach 11 Uhr ein Motorrad und eine Kraftdroschke zusammen. Hierbei wurde der Führer des Motorrades, der 46 Jahre alte Karl Bygallski aus der Florstraße 7 zu Pantow, und sein Mitfahrer, dessen Personalien noch nicht festgestellt werden konnten, vom Rade geschleudert. Bestenfalls war auf der Stelle tot, während Bygallski so schwere Verletzungen erlitt, daß er kurz nach der Einlieferung ins Krankenhaus verstarb. Die Leichen der beiden Verunglückten wurden ins Schauhause gebracht. — In der Ecke der See- und Afrikanischen Straße stießen am Donnerstag Abend gegen 11 Uhr ein Personenkraftwagen und eine Kraftdroschke zusammen. Dabei wurden die Insassen der letzteren, der 45 Jahre alte Mechaniker Eugen Ripp und seine Ehefrau Rani, beide in der Laubentkolonie „Krähenlust“ in Blöhensee wohnhaft, sowie die Insassen des Personenautos, die 45 Jahre alte Ehefrau Marie Ralles und ihre 16jährige Tochter Tamara aus Lantow, Viktoriastraße 16, verletzt. Alle vier Personen wurden dem Birkow-Krankenhaus zugeführt, von wo Fräulein Ralles und der Mechaniker Ripp nach Anlegung von Verbänden wieder entlassen werden konnten, während die beiden anderen Personen dort verbleiben mußten. — Gleichfalls zu einem schweren Zusammenstoß kam es gestern Abend an der Ecke Boghagener- und Gröppiusstraße, wo ein Motorrad gegen einen Personenkraftwagen rannte. Dabei wurden der Führer des letzteren, der 23 Jahre alte Drogist Werner Westphal aus der Niederbarnimstraße 13 und sein Mitfahrer, der 21 Jahre alte Maurer Franz Diemann aus der Cabiner Straße 8, vom Rade geschleudert und schwer verletzt, so daß sie ins Krankenhaus Friedrichshain gebracht werden mußten. Der Führer des Personenautos trug leichtere Verletzungen davon und konnte nach Anlegung von Verbänden sich in seine Wohnung begeben.

## Massenabsturz am Matterhorn.

### Fünf Berliner verunglückt.

In der Nähe des Matterhorns im Berner Oberland sind gestern fünf Berliner Touristen abgestürzt. Einer Rettungskolonnen gelang es, die Verunglückten zu bergen. Zwei Abgestürzte sind schwer, zwei weitere leichter verletzt, während der fünfte ohne Verletzungen davon gekommen ist. Es handelt sich um folgende Personen: Alfred Jaskoff, Herr und Frau Kraczk, Gerhard Köst und ein Fräulein C. Pieper.

## 190 000 Freibadbesucher im Juni.

### An einem Juli-Sonntag allein 70 000.

Die ständige Aufwärtsentwicklung der Zahl der Besucher der beiden größten Badegelegenheiten Berlins, des Strandbades Wannsee und des Freibades Müggelsee, hat auch im Juni angehalten: Insgesamt wurden 190 000 Badegäste gezählt, davon allein im Strandbad Wannsee 150 000. Demgegenüber belief sich die Zahl der Besucher im gleichen Monat des Vorjahres auf insgesamt 127 000 Personen (davon im Wannsee 95 000), so daß sich eine Steigerung der Zahl der Badegäste um 63 000 Personen oder rund 50 Proz. ergibt. Die Höchstfrequenz wurde am 16. Juni mit rund 40 000 Badelustigen im Strandbad Wannsee erreicht, während das Freibad Müggelsee am selben Tage rund 12 000 Personen zählte. Der Besuch im Juli mit seiner fast tropischen Sommerhitze dürfte die günstigsten Ergebnisse des Juni schon mit Rücksicht auf die großen Ferien, die viele Daheimgebliebene am Strand der heimatischen Seen erleben, weit übertreffen. Allein am vergangenen Sonntag, dem bisher heißesten Tag des Jahres, wurden in den Freibädern Wannsee und Müggelsee zusammen rund 70 000 Besucher gezählt.

## Wer will den Flaggenstreit?

### Offseebäder lassen sich übel beraten.

In der „Nacht Ausgabe“ ergeht sich ein Hugenberg-Germane, der aber seinen Namen wie im Hebräischen ohne Vokale schreibt, in etwas sentimentalen Auslassungen über die Bilanz der diesjährigen Offseebäder, die nach ihm leider recht trübselig ist. Zum Schluß empfiehlt der Biedermann aber mit folgenden Worten den preussischen Minister Erzelsinski an:

„Und die gesamten Bäder brauchen eines, was man ihnen gerade jetzt nehmen will. Sie brauchen politische Ruhe. Sie können am allerwenigsten einen Flaggenstreit vertragen, den ihnen der preussische Innenminister beschlagen möchte.“

Dieser Herr Dr. Argt unterstellt also dem Minister, er wolle den Bädern die Ruhe nehmen und einen Flaggenstreit provozieren. Kurz bevor er aber dem Minister diesen dummdreisten Vorwurf macht, schreibt er nach der Hilfe des Staats für die Offseebäder. Die freche Verhöhnung des republikanischen Staatsymbols, der schwarz-rotgoldenen Nationalflagge, hat gerade an der Ostsee jahrelang üble Blüten getragen, und man muß dem Minister Dank wissen, wenn er sich mit Energie für den Schutz der Reichsflagge einsetzt. Wenn aber die Kurdirektionen und die Hotel-, Pensions- und Fremdenheimbesitzer an der Ostsee weiterhin auf die lächerlichen Reichsflagge Hugenbergnationaler Ostsee hören, dann dürfen sie sich nicht wundern, wenn die Berliner die Ostsee im mer mehr meiden. Der Berliner findet es nämlich von Jahr zu Jahr auch in der Nähe, in der Mark, schöner, billiger und angenehmer und braucht, wenn man es ihm in Potsdam und Meddenburg zu bunt treibt, eines Tages die Ostsee vielleicht gar nicht mehr.

# Das Ende der Wochen

## Zeltow/Boo(177), Boo/Treptow(55)!

Im Bewußtsein der meisten Berliner dürfte Zeltow, die seit der Verlegung der Kreisverwaltung nach der Viktoriastraße abgeleitete Hauptstadt des Teltower Kreises, als nettes, einfaches Landstädtchen, umgeben von Feldern mit den schmachtigen Teltower Rübschen, ein dämmerhaftes Dörflein führen. Eine Fahrt mit der am Zoo beginnenden Linie 177 beehrt den Fahrgast eines besseren. Nachdem er die wohlhabenden Viertel des südlichen Westens bis Lichterfelde durchfahren hat, kommt er in der Carstennstraße (Erinnerung an den Gründer von Lichterfelde taucht auf) zu einem freien Blick nach Westen, wo eine offenbar ganz neue Laubentkolonie entstanden ist. Bald sind wir am Teltowkanal, der dort fließt, wo einst der stattdliche, lange, fischreiche Teltower See sich erstreckte. Wir müssen absteigen und uns in die am jenseitigen Ufer haltende „Ein Mann“-Straßenbahn bemühen, dessen Fahrer zugleich die Gelder kassiert. Seehaf, schon in den 70er Jahren als „Villenkolonie“ gegründet, das Schützenhaus, neue Anlage mit einem Heidenhain von 150 Blutsüßchen — dann rechts Ausblick auf gewaltige Fabrikanlagen, und links als Gegenstück die Reihe der außerhalb der Stadt aufgebauten Scheunen — charakteristisch für die Mehrzahl der märkischen Kleinstädte: endlich sind wir angelangt, kurz vor den „Toren der Stadt“, die aber nicht mehr da sind. Und wir ersteigen der Bahn mit dem Bewußtsein, nötigenfalls die Strecke Treptow—Zeltow für 20 Pf. zurückgelegt zu haben, während die mit der Bahn kombinierte Fahrt das Dreifache kostet.

In Zeltow hat die tatkräftige Stadtverwaltung durch Stedlungen, Anlagen, Blumensträuße usw. sehr Bemerkenswertes geschaffen, aber noch steht vieles bevor, so ein in die Hunderttausende gehender Beitrag für das Doppelgleis der Straßenbahn und eine großzügige Turn-, Bade-, Bese-, Jugendheim- usw. Halle, die für ein so kleines Städtchen eine schöne Leistung bedeutet. 9000 Einwohner sind es jetzt, nach dem Kriege hat die

Stadt ihre Einwohnerzahl beinahe verdoppelt. Die Tour über Schönow nach Zehlendorf und der Weg nach Wagnower Schleuse und Klein-Wagnow sind schöne Ausflüge, eventuell mit Fortsetzung in den Grunewald.

Der andere Endpunkt unserer Fahrt: Treptow, braucht dem Berliner nicht erst vorgestellt zu werden: der Ort ist die Pforte zu dem Spree-Paradies.

Für Zeltow s. Karte 4 des 30-Pf.-Führers der BGG.

## Warum in die Ferne schweifen?

Nur die wenigsten Einwohner Berlins kennen Berlin und seine Schönheiten. Für die meisten trifft immer wieder der Satz zu: „Warum in die Ferne schweifen . . . ?“ Berlin hat nicht nur eine besonders schöne Umgebung in allen vier Himmelsrichtungen, sondern birgt auch in seinem Reichthum, innerhalb seiner Peripherie, manche schöne Erholungstätte. Beginnen wir im Norden, so sei heute auf die sogenannten Rehberge und ihren Volks- und Sportpark hingewiesen. Der Verkehr, der sich dorthin erstreckt, steht unter zwei wichtigen Zeichen: Die Straßenbahn hat dort ihren bekannten Bahnhof 2, Müllerstraße, und die Untergrundbahn im Verlauf der Nord-Süd-Bahn ihren Endpunkt Seestraße. Beides ganz moderne Bahnhöfe, ein Zeichen der Verkehrswichtigkeit dieser Gegend.

Der Volkspark Rehberge ist kürzlich erst seiner Bestimmung übergeben worden. Ihm zur Seite erstreckt sich der altbekannte Goethepark, dessen Gegenstück, der Schillerpark, jenseits des Juges der Müllerstraße zum Verweilen ladet. Diese volkstümlichen Parks, diese Stätten der Erholung im Norden, sind mit folgenden Verkehrsmitteln zu erreichen:

Straßenbahnlinien: 4, 5, 8, 15, 17, 21, 25, 27, 28, 29, 35, 68, 99, 128, 168.

Omnibuslinien: 21 und 24.

U-Bahn: Bahnhof Seestraße.

## Auftakt zur Verfassungsfeier.

### Raffentonzert des Reichsbanners im Lustgarten.

Auf dem nun schon historischen Aufmarschgelände für politische Kundgebungen — dem Lustgarten — marschierten gestern Abend 500 Reichsbanner-Spielleute auf, die für die Verfassungsfeier ihre Generalprobe abhielten. Am 11. August werden mehrere tausend Spielleute auf dem Platz der Republik ein Raffentonzert veranstalten. Die Berliner Kapellen haben dazu fleißig geübt und gestern ihre Generalprobe glänzend bestanden. In dichten Scharen umstanden die Republikaner die Spielleute. Vom Bahnhof Börse marschierten gegen 7 Uhr die Spielleute in mitternächtlicher Ordnung zum Lustgarten. Schirmisch begrüßt nahmen sie sogleich vor der Rufenstreppe Aufstellung. Mit dem Marsch von Teite „In Treue fest“ begann das Konzert. Selbstverständlich waren auch die Quartierwerber und Plakettverkäufer fleißig bei der Arbeit und erzielten gute Erfolge. Wie strahlten die Augen der Funktionäre, als sie mit ihrer Quartierwerbung überall freudige Aufnahme fanden. Das republikanische Berlin wird sich nicht nur freuen, die 150 000 Reichsbannerleute in Berlin begrüßen zu können, sondern es wird alles tun, um ihnen den Aufenthalt in Berlin so angenehm wie möglich zu machen.

## Berlin, wie es ist — im Licht der Statistik

Das vom Berliner Statistischen Amt alljährlich herausgegebene „Statistische Jahrbuch der Stadt Berlin“ ist jetzt im 5. Jahrgang (1929) erschienen. Es bringt erst die Ergebnisse des Jahres 1927.

Statistische Nachschlagewerte lassen sich nun mal nicht im Handumdrehen fertig machen und können daher nicht sofort mit dem „Allerneuesten“ aufwarten. Beigefügt ist ein Heftchen „Berlin in Zahlen“, das wenigstens die wichtigsten Zahlen schon seit 1928 gibt. Das Jahrbuch ist nicht für Leute bestimmt, die an Zahlen scheitern. Es bedeutet nur dem etwas, der zwischen den Zahlen zu lesen versteht. Berlin, wie es ist — und auch, wie es wurde — wird hier im Lichte der Statistik gezeigt. Berlins Zustände und ihre Entwicklung werden behandelt in 22 Abschnitten, in Zusammenstellungen über Stadtgebiet, Bevölkerung, Grundstücke, Wohnungen, Bautätigkeit, öffentliche Anlagen, Straßen, Brücken, Spiel- und Sportplätze, Landwirtschaft, Viehhaltung, Märkte, Schlachtungen, Verbrauch, Preise, Lebenshaltung, Handel, Gewerbe, Geld- und Kreditwesen, Löhne und Gehälter, Arbeiterfürsorge, Unterricht und Bildung, Religionsgemeinschaften, Gesundheitspflege, allgemeine Wohlfahrt, Jugendwohlfahrt, Rechtspflege und Polizei, Werke und Betriebe, Finanzen und Steuern, Wahlen. Hervorgehoben seien besonders die Zusammenstellungen über die weiteren Ergebnisse der Volks- und Berufszählung von 1925, der Bevölkerungsforschung von 1920 bis 1927, der Reichswohnungszählung von 1927, auch die Mitteilungen über die mit Hauszinssteuermitteln errichteten Wohngebäude, über die mit Zentralheizung und Warmwassererwärmung ausgestatteten Neubauten. Das zur Belehrung über die sozialen Zustände Berlins unentbehrliche Buch ist zu haben zum Preise von 5 M. bei der Geschäftsstelle des Amtsblattes der Stadt Berlin (Rathaus).

# Funkwinkel.

„Aus den Archiven der Operettenliteratur“ war das Programm der Abendveranstaltung zusammengestellt. Werke, von denen wir heute nicht einmal mehr den Titel kennen, waren ausgegraben worden. Merkwürdig, wieviel wirkungsvolle musikalische Einfälle in manchen dieser „Schlager“ von vorgestern stecken! Sie wirkten zum Teil viel lebendiger als solche aus Operetten, die erst wenige Jahre alt sind. Und Offenbachs flotte und amüsante „Großherzogin von Gerolstein“ und die Melodien von Johann Strauß sind ja in ihrer Art schon „klassische“ Musik. Else Kochmann, Kammeropfer Karl Ziegler und der Dirigent Dr. Ernst Römer mit einem Kammerorchester waren die Ausführenden des hübschen, anspruchsvollen Konzerts. Les.

## Flugboot „Romar“ im Dienst der Luft Hansa.

### Travemünde, 26. Juli.

In Gegenwart geladener Ehrengäste wurde am gestrigen Freitag nachmittag im Flughafen Lübeck-Travemünde das dreimotorige Großflugboot „Rohrbach-Romar“ von der Deutschen Luft Hansa übernommen. Das Flugboot wird zunächst auf den Ostseestrecken der Luft Hansa, die nach Norwegen und Schweden führen, im regelmäßigen Verkehr eingesetzt, doch soll die „Romar“ im Laufe dieses Jahres noch einige Vängsstreckenflüge über See, darunter wahrscheinlich zunächst einmal nach Island, durchführen als Vorbereitung für den seit langem geplanten Südamerika-Flug. Besonderer Wert wurde bei der Inbetriebnahme dieses Flugbootes auf die Seetüchtigkeitsprüfungen gelegt, die die „Romar“ in Seegegend 5 glänzend bestanden hat. Das Boot ist durch sechs wasserdichte Schotten so geteilt, daß es auch bei Verwerben von zwei Abteilungen noch voll schwimmfähig bleibt.

## Polnische Polizeibeamte mordverdächtig!

### Kassowitz, 26. Juli.

Der Arbeiter Chwolek, der vor kurzem aus Frankreich zurückgekehrt war, verursachte dieser Tage in einem Lokal in Kassowitz, Kreis Plesch, eine Aufruhr und wurde auf die Polizeiwache gebracht. Auf der Wache schrieb Chwolek plötzlich den Polizeibeamten Dorda an: „Von Mördern lasse ich mich nicht schlagen!“ Chwolek wurde daraufhin von dem Polizeikommandanten einem Verhör unterzogen und erzählte, daß er im Jahre 1922 durch Zufall Zeug eines Mordes gewesen sei. Als er im Kassowitzer Walde Pilze sammelte, habe er gesehen, wie der Polizeibeamte Dorda und dessen damaliger Vorgesetzter, der Oberwachmeister Wiedniewski, einen jüdischen Händler totgeschlagen und seiner Burschenschaft in Höhe von 28 000 Dollar beraubten. Die beiden Mörder, so erklärte Chwolek, hätten ihm 7000 Dollar als Schweigegeld gegeben und ihn veranlaßt, nach Frankreich auszuwandern. Tatsächlich ist 1922 bei Kassowitz die Leiche eines jüdischen Händlers aufgefunden worden. Auf Grund der Aussage Chwoleks sind die beiden des Mordes bezichtigten Beamten verhaftet worden.

## Sieben Menschen verdurftet.

### New York, 26. Juli.

Aus San Diego (Kalifornien) wird gemeldet, daß im Imperia-Tal, einer wasserarmen Wüste, in der in früheren Jahren zahlreiche Goldsucher ums Leben gekommen sind, ein Automobil aufgefunden wurde, in dessen Nähe sieben Leichen lagen. Die Insassen des Autos, ein Ehepaar und fünf Kinder, waren infolge einer Motorpanne verdurftet, nachdem das Kühlwasser zur Neige gegangen war.

## 75 000 Personen besichtigen die „Bremen“.

### New York, 26. Juli.

Die Blätter schätzen die Gesamtzahl der Personen, die dem Dampfer „Bremen“ während seines ersten Aufenthaltes in New York besichtigt haben, auf 75 000 und berichten, daß mehrere tausend gefälschte Zutrittskarten verkauft wurden.

Ein tolles Verhalten. Zu dieser Notiz in unserer Mittwochsausgabe wird uns mitgeteilt, daß der Inhaber des Restaurants „Bellevue“, Herr Urban in Friedrichshagen, dem Verletzten sehr wohl Hilfe angebotenen ließ und auch für eine gute Unterbringung in seinem Bureau Sorge trug. Er hat die beiden Retter erst dann aus seinem Lokal verwiesen, als sie — die nach seiner Darstellung beide betrunken waren — die Gäste beschimpften. Durch diese Darstellung entfallen, wie wir mit Benutzung feststellen können, alle gegen Herrn Urban erhobenen Vorwürfe.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend. (Nachdruck verboten.) Wolkig bis heiter. Bei wenig veränderten Temperaturen und schwacher Luftbewegung. — Für Deutschland: Wind in der südlichen Hälfte nachlassende Nordwestböe. Im Norden keine nennenswerte Veränderung.



# Arbeiterfiedlungswerk Lichterfelde.

Selbst Herr v. Oldenburg freut sich, aber der Kreis sabotiert.

Es ist nicht das Lichterfelde, das zu Groß-Berlin gehört, sondern ein stiller, rein ländlicher Ort im Kreise Oberbarnim, nicht weit von Eberswalde, nahe dem Werbellinsee. Hier haben Industriearbeiter, die in den Betrieben von Eberswalde und Finow tätig sind, eine in vieler Hinsicht vorbildliche Siedlung geschaffen, die ein Stück praktischer Sozialismus inmitten der kapitalistischen Umwelt ist.

In der Nachkriegszeit sind hier auf genossenschaftlicher Grundlage nicht weniger als 42 gute Wohnungen in der Form von Doppelhäusern gebaut worden und weitere Bauten stehen bevor. Der eigentliche Wohnraum umfaßt 70 Gedielermeter, und in einem Nebengebäude befinden sich eine geräumige Waschküche, die im Sommer vielfach als Kochküche benutzt wird, Stallung und Bodenraum. Bisher sind zwei verschiedene Wohngruppen errichtet worden, von denen der eine die Eigentümlichkeit besitzt, daß er nur einen Eingang vom Garten her hat. Durch den Verzicht auf den vorderen Eingang konnten die Wohnräume etwas größer gestaltet werden. Jedem Hause ist ein Garten von reichlich 1000 Quadratmetern beigegeben, doch hat jeder Siedler außerdem noch unmittelbar hinter dem Garten einen Acker von  $\frac{1}{2}$  bis zu  $1\frac{1}{2}$  Morgen. Die Gärten stehen in einer ausgezeichneten Kultur, ebenso die Acker. Es herrscht ein edler Wettbewerb unter den Siedlern, Garten und Acker das Beste abzurufen. Sympathisch berührt, daß die

Arbeit in Garten und Feld nicht zur politischen und gewerkschaftlichen Interesseloftigkeit geführt hat,

denn das Siedlungsgebiet ist das politisch regsamste im Dorfe. Guts- herr von Lichterfelde ist kein anderer als der Kammerherr von Oldenburg-Januschau, der alte konservative Hausbesitzer und Jagdgesellschaftsfreund aus der Vorkriegszeit, der Mann, der seinerzeit die Meinung vertrat, ein Leutnant und zehn Mann mühten jederzeit in der Lage sein, ein Parlament auszusondern, und der während des Krieges den höchst negativen Ruhm erwarb, die Großagrarien zum Anbaustrahl aufgefördert zu haben. Vor Jahren wurden ihm von seinem Besitz 80 Morgen zugunsten der Siedlung enteignet, und er murkte und murkte nicht wenig darüber. Neuerdings hat er aber freiwillig 15 weitere Morgen zur Erweiterung der Siedlung zu einem Preise hergegeben, der, nach örtlichen Verhältnissen beurteilt, als für die Siedler günstig angesehen werden muß. Beim Kaufabschluß sprach der

heute Sechundsiebzigjährige den Wunsch aus, daß die neuen Siedler ihm ebensoviel Freude machen möchten wie die alten, an deren Gärten er sich jedesmal freute, wenn er auf der Fahrt zum Vorwerk an ihnen vorbeikommt.

Im Anfange haben die Siedler das Unglück gehabt, daß sie durch die Untreue eines befohlenen Geschäftsführers, der der Arbeiterbewegung fernstand, erheblich geschädigt wurden. Für den Verlust hätten sie ein Haus bauen können. Seit jener Zeit führt der Metallarbeiter Wilhelm Dänick, ein langjähriger Parteigenosse und alter Gewerkschafter, ehrenamtlich ohne jede Entschädigung die Geschäfte, für die er viel Zeit opfern muß. Die letzten, 1928 erbauten Häuser, sind mit dem Garten für 7700 Mark abgegeben worden. Durch die Selbstherstellung von Dachziegeln konnte jeder Bau um 500 Mark verbilligt werden.

Es ist bezeichnend, daß der Kreis Oberbarnim, dem es doch eine Freude sein müßte, dieses Werk in seinem Gebiet mit allen Mitteln zu fördern, sich bisher völlig uninteressiert zeigt

und noch keinen Finger für die Siedlung gerührt hat. Das Interesse des anscheinend stark lyrisch betonten Landrats bestand lediglich in seiner Begeisterung für das Namensschild eines der Siedler, der das ehrsame Schuhmacherhandwerk betreibt und — Friedrich Reg heißt. Der monatelange Kreisjubiläum legt sogar alles darauf an, um den fleißigen Siedlern das Leben zu erleichtern. Um so anerkennenswerter ist es, daß in der Potsdamer Regierung Persönlichkeiten stehen, die für die Wünsche der Siedler großes Verständnis haben. Das sind der Bezirkswohnungskommissar und ein Baurat. Sie haben mit Zustimmung des Regierungspräsidenten immer Mittel aus dem oft bekämpften Hauszinssteuer-Ausgleichsfonds freigemacht, so daß es möglich war, für jede Wohnung eine geringverzinsliche Hauszinssteuerhypothek von 4000 Mark zu bewilligen. Daneben hat namentlich die Landesversicherungsanstalt der Provinz Brandenburg wiederholt billige Kredite hergegeben. Die Inhaber der zuletzt bezogenen Häuser haben so eine monatliche Zinsbelastung von 22 Mark, die Besitzer der früher fertiggestellten Häuser stehen noch günstiger.

Das Beispiel von Lichterfelde zeigt, daß der Ausgleichsfonds gelegentlich auch eine gute Wirkung haben kann, denn würde er nicht bestehen, so würde es bei dem erschwerenden Mangel an Verständnis an den andern Stellen nicht möglich gewesen sein, das Siedlungswerk in Angriff zu nehmen und noch weniger, es zu Ende zu führen.

Carl Siel.

## Sitze dich gesund.

Im Deutschen Arbeitsschuh-Museum wurde kürzlich in einer Sonderausstellung „Der Arbeitsschuh“ aufgezeigt, wie das Gehen oder Stehen bei der Arbeit abträglich oder zuträglich für die Arbeitsleistung und das körperliche Befinden des Arbeitenden sein kann. Man kann solche gewerbehygienischen Untersuchungen nur unterstützen. Aber eines vermissen wir — und das erscheint uns ebenfalls wichtig im Hinblick auf die ständige Anspannung der Großstadtmenschen: niemand hat bisher Gelegenheit genommen, die Situationsordnungen bei unseren öffentlichen Verkehrsmitteln einer Prüfung zu unterziehen. Um es kurz zu sagen, sie sind herzlich schlecht. In den Bier- und Omnibussen sind die Sitze durch die Polster so erhöht, daß die Füße keine feste Stütze am Boden mehr finden und der Körper daher dem Wackeln und Stoßen der Fahrzeuge hilflos ausgeliefert ist. Am besten bemerkt man dies bei kleineren Damen, die ihre Füße hin und her baumeln lassen müssen. Die Hauptzahl der Wagen der Straßenbahn leiden unter demselben Uebel. Reist ist die Rückenlehne so angebracht, daß die viel zu hohe Querleiste — besonders bei den Oberdecks — die Schulterblätter drückt und bei den Wagenführern nach vorn schleudert, statt die Stöße durch eine richtige Polsterung in der Lendenwirbelsäule abzufangen. Die Folge davon ist, daß alle Fahrgäste eine hilflose und schlechte Sitzhaltung einnehmen. Schon nach einer halbstündigen Bahnfahrt ermüdet der Körper so stark, daß jede Fahrt auf den städtischen Verkehrsmitteln, einschließlich der Untergrundbahnen und der neuen Wagen der Holzklasse unserer Stadt- und Ringbahn, zu einer Qual wird. Menschen, die zur Arbeit fahren oder ermüdet von ihrem Tagewerk heimkehren, ebenfalls die Hausfrauen, die zu Einkäufen fahren müssen, wissen wohl in den seltensten Fällen, daß es die Bahnen sind, die diesen Raubbau ihrer Kräfte betreiben. Das es auch anders sein kann, beweisen die tiefen Sitze der alten städtischen Straßenbahnwagen, die mit geschragener Rückenlehne und federndem Sitz wirklich noch bequem sind. In der Bezahlung ihrer Leistung übernehmen die Verkehrsgesellschaften auch die Verpflichtung, daß sich die Fahrgäste nicht krank fahren — sondern gesund liegen. Wir werden jede Neuerung in dieser Hinsicht begrüßen.

## Für Säuglinge und Krabbelkinder.

Rat und Hilfe in Friedrichshain und Treptow.

Schon seit längerer Zeit ist das Bezirksamt Friedrichshain bestrebt, für den Ausbau seiner Jugendfürsorge Arbeit eine Kinderkrippe zu schaffen. Die Errichtung einer solchen Krippe ist dringend notwendig, da im Bezirk weder eine private noch eine städtische Einrichtung dieser Art besteht. Die bereits früher geplante Schaffung der Kinderkrippe, die einen Kostenaufwand von 35 000 Mark erfordert hätte, erwies sich bei der ständig wachsenden Zahl der unterzubringenden Kinder als völlig unzulänglich. Nunmehr hat der Magistrat beschlossen, einem neuen Projekt, nach dem 15 bis 20 Säuglinge und 20 Krabbelkinder eine Heimmöglichkeit geboten werden kann, zuzustimmen. Der Bau der Kinderkrippe erfordert einen Kostenaufwand von 95 000 Mark. Stimmt die Stadtverordnetenversammlung dem Beschluß des Magistrats zu, dann ist endlich mancher jungen Mütter die Sorge der täglichen Unterbringung ihres Kindes genommen. Dieser erfreuliche Beschluß kann aber nur einen geringen Teil der bestehenden Schwierigkeiten in der geeigneten Unterbringung und Betreuung der Säuglinge und Kleinkinder beheben. Nach dem neuesten statistischen Jahrbuch der Stadt Berlin von 1929 sind im Jahre 1927 im Bezirk Friedrichshain 3408 Lebendgeburten, darunter allein 677 uneheliche, zu verzeichnen: Bei der sozialen Gliederung des Bezirks, wo nicht nur die ledige, sondern auch die verheiratete Mutter in der Mehrzahl der Fälle gezwungen ist, zur Sicherung des Lebensunterhaltes der Familie mit erwerbstätig zu sein, ist selten eine geeignete Wartung und Pflege der Neugeborenen vorhanden. Im Interesse der gesundheitlichen Förderung der heranwachsenden Jugend muß daher gewünscht werden, daß die Stadt Berlin nicht dabei stehen bleibt, 40 Müttern die tägliche Sorge abzunehmen, sondern daß sie durch weitere Schaffung von Krippen den bestehenden Mangel lindern hilft.

Die Säuglings- und Kleinkinderfürsorgestelle für den Ortsteil Treptow, die bisher in unzureichenden Nebenräumen einer Turnhalle untergebracht war, ist in die neu hergerichteten Räume Treptow, Widenbruchstraße 38/39, verlegt worden. Ein Raum zur Unterstellung von Kinderwagen, ein Wart- und Wickelraum, ein Aufnahmezimmer und das ärztliche Untersuchungszimmer sind neuzeitlich ansehend und hygienisch einwandfrei eingerichtet worden. Eine bemerkenswerte Ergänzung des Instrumentariums erfolgt demnächst durch Aufstellung einer Höhenstrahlungsanlage, damit die Mütter mit ihren Kindern nicht mehr den weiten Weg zur Bestrahlungsanlage in Niederschöneweide zurücklegen brauchen. Die neu geschaffene Einrichtung wird von den zahlreichen Besuchern schon jetzt freudig begrüßt. Die ärztlichen Sprechstunden finden Montags und Donnerstags von 13 bis 14 Uhr statt. Demnächst werden außerdem in den vorgenannten Räumen durch eine Fachärztin Sprechstunden für Schwangere von Treptow und Baumschulenweg abgehalten werden. Der Termin der Eröffnung als Schwangerenfürsorgestelle wird noch bekanntgegeben.

## Berlin braucht Straßenpapierkörbe.

Die Berliner Straßenreinigung sorgt durch Einführung neuerartiger Maschinen und rationaler Arbeitsmethoden in großzügiger Weise für die Sauberkeit der Straßen. Das von Leiter der Berliner Straßenreinigung, Direktor Erdmann, kürzlich in einem Vortrage entwickelte Programm beweist den Willen der maßgebenden Stellen, Berlin zu einer Musterstadt der Reinlichkeit zu machen. Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es allerdings tätiger Unterstützung der amtlichen Arbeit durch das Publikum. Der vom Verbands der Leiter städtischer Straßenreinigungsbetriebe angeregte Wettbewerb am 1. Juni 1929 hat in dieser Beziehung zweifellos Erfolge aufzuweisen. Es besteht daher die Absicht, den Wettbewerb alljährlich zu wiederholen. Presse, Schule und Gewerkschaften durch Unterstützung des Staats- und Gemeinbevollmächtigten wiesen an diesem Tage die Öffentlichkeit auf die Wichtigkeit der Sauberhaltung der Straßen hin. Eine dauernde, nicht nur auf die Wettbewerb beschränkte erzieherische Arbeit der Schule und von Zeit zu Zeit auch der Presse könnte sicher die Wirkung solcher Wettbewerbe wesentlich erhöhen. Erfreulich wäre es, wenn die Mittel erlaubten, dem Publikum die Möglichkeit, sich des Papiers und der gefährlichen Abfälle zu entledigen, durch Anbringen von Papierkörben in geringen Abständen zu geben. Sie haben sich bisher in allen Städten, die sie einführen, gut bewährt. Das „rote Wien“ ist bekanntlich mit gutem Beispiel vorangegangen und bestrafte sogar das Wegwerfen von Papier und Obstresten. Die Messestadt Leipzig, die besonders zur Messezeit mit einer Flut von Abfallresten überschwemmt wird, hat gezeigt, daß auch ohne

# Auswüchse im Bestattungswesen.

Ausbeutung Leidtragender.

Der „Vorwärts“ hat in seiner Abendausgabe vom Dienstag, dem 2. Juni, eingehend den Beerdigungsschwindel in den Vereinigten Staaten von Amerika geschildert. Wir finden aber in unserem Vaterlande und in seiner Reichshauptstadt ebenfalls düstige Blüten privatrechtlichen Geschäftsgeistes auf diesem Gebiete. Wenn beispielsweise nach dem Artikel eine Bestattung in Amerika mit 1074 Dollar errechnet worden ist, so kann diese Rechnung, wenn man etwa 200 = Mark setzen möchte, durchaus auf Berliner Verhältnisse übertragen werden. Eine derartige Höhe der Kosten einer Bestattung ist, soweit private Bestatter in Frage kommen, nichts Ungewöhnliches, sofern man zahlungsfähiges Publikum vor sich zu haben glaubt.

Folgender Fall, der durchaus als typisch angesehen werden kann, mag zur Illustration der Verhältnisse im privaten Bestattungswesen Berlins dienen: An einem Sonntag im September vorigen Jahres wurde die Leiche eines jungen Mädchens aus dem Tempelhof abgeholt. Die Polizei hat in den einzelnen Revieren mit einer Reihe von privaten Bestattern Verträge für Bergung von Leichen abgeschlossen. Die Bestatter bemühen sich natürlich auch sogleich die Bestattung der geborgenen Leiche auszuführen. Im vorliegenden Fall erhielt auch der Polizeibestatter von den Eltern des Mädchens den Auftrag, den Sarg nebst Leichenwäsche zu liefern. Der Bestatter lud die Leiche auf seinem Grundstück ein und verlangte von seinem Auftraggeber einen Vorschuß von 500 Mark. Dem Vater, des verstorbenen Mädchens, von Beruf Tischler, kam diese Forderung reichlich hoch vor. Er suchte zur Information ein städtisches Bestattungsinstitut auf. Hier verschloß er den Sachverhalt, suchte einen Sarg von gleicher Qualität aus und erkundigte sich nach dem im städtischen Bestattungsinstitut festgesetzten Preise. Als er hörte, daß die ganzen Beerdigungskosten einschließlich Friedhofsgebühren, Sarg und Redner nur 280 Mark kosten sollten, ging er zu dem privaten Polizeibestatter zurück, um den Auftrag rückgängig zu machen. Dessen wollte dieser natürlich nichts wissen, schimpfte auf das städtische Institut und drohte sogar, es wegen Schabenerief zu verklagen. Schließlich, als Ausrede für den von ihm geforderten hohen Vorschuß, gab er an, daß er für die Verstorbene eine Wahlstelle auf dem Friedhof vorgelesen habe, wozu er aber keinen Auftrag hatte. Der Friedhofsverwaltung war, wie Erkundigungen ergaben, davon nichts bekannt. So mußte der private Bestatter wohl oder übel von seiner Forderung einen größeren Betrag nachlassen.

Auch das Geschäftsgebot der zahlreichen privaten Versicherungsgesellschaften sollte einer eingehenden Kontrolle durch die Bevölkerung unterzogen werden. Viele von diesen verdienen nicht nur an dem Lebenden, so lange dieser seine Versicherungspremie zahlt, sondern auch noch an dem Toten. Da der Vertrag beim Abschluß der Versicherung von dem Versicherten meistens nicht gründlich durchgesehen wird, wird gewöhnlich die Klausel übersehen, daß der Versicherte verpflichtet ist, den von der Versicherung genannten Bestatter in Anspruch zu nehmen. Dieser fordert Preise, die den beim Tode fälligen Versicherungsbetrag aufbrauchen.

Freie Preise für Särge und Bestattungen existieren im privaten Bestattungswesen im allgemeinen nicht. In der Regel werden die Preise je nach der vom Verkäufer vermuteten Vermögenslage der Leidtragenden festgesetzt. Aus diesem Grunde führen die privaten Bestatter einen sehr heftigen Kampf gegen die städtischen Bestattungsinstitute, die behördlich festgesetzte niedrige Preise für ihre Bestattungen haben. Leider existieren nur in vier Bezirken Groß-Berlins, und zwar in Neutölln, Lichtenberg,

Reinickendorf und Treptow derartige Institute, die sich bei dem Teil der Bevölkerung, der in die traurige Lage verlegt worden war, eine solche Einrichtung in Anspruch nehmen zu müssen, eines hohen Ansehens erfreuen. Im Interesse der Bevölkerung sollten auch die übrigen Bezirke Groß-Berlins dazu übergehen, derartige gemeinnützige Einrichtungen zu schaffen, durch die der Stadt teurerer Kosten erspart werden, da sie sich selbst erhalten.

Die Stadtverordneten sollten sich ernsthaft die Frage vorlegen, ob es nicht an der Zeit ist, auch in Berlin die kostenlose Bestattung, die ja bekanntlich eine Programmforderung unserer Partei ist, einzuführen. Die Jahreszahl der in den letzten Jahren in Berlin Verstorbenen schwankt zwischen 45 000 bis 50 000. Werden die Kosten einer Bestattung mit 100 Mark angenommen, so würde die Bestattung sämtlicher Verstorbenen 4 500 bis 5 Millionen Mark erfordern. Sicherlich werden nicht sämtliche Einwohner von dieser Einrichtung Gebrauch machen. Außerdem muß auch heute schon die Stadt die Kosten der Bestattung unmittelbar tragen. Unter Berücksichtigung dieser Umstände können die durch die Einführung der kostenlosen Bestattung eintrübenden Reeholten für die Stadt auf  $\frac{1}{2}$  bis 3 Millionen Mark im Jahr veranschlagt werden — ein Betrag, der bei einem jährlichen Bedarf von 179 Millionen Mark für Wohlfahrtszwecke kaum ins Gewicht fällt.

Eine Reihe von Großstädten, besonders in Sachsen, hat bereits die kostenlose Bestattung eingeführt, und damit auch Erfahrungen gemacht. Vor allem ist hier die Bevölkerung in ihrer größten Notlage nicht der Ausbeutung durch räuberische Geschäftemacher ausgelegt. Wann kommt die kostenlose Bestattung auch in Berlin?

## Fürsorge für Nerven- und Gemütsranke.

Der kommunalen Gesundheitsfürsorge erwachsen ständig neue Aufgaben. Ein strittiges Kapitel war lange Zeit die Bekämpfung der Nerven- und Gemütskrankungen und letzten Endes der Geisteskrankheit. Mehr und mehr wurde in letzter Zeit mit der Anschauung gebrochen, daß die Geisteskrankheit nur auf Vererbung und Anlage zurückzuführen sei. Die von der Maschine bederrichte Arbeit, die Unrast besonders in Großstädten und im industriellen Produktionsprozeß tragen starke Gefahren in sich, die die geistigen Erkrankungen außerordentlich fördern. Dazu kommen Gefahren aus der sozialen Umwelt, Wohnungs- und Ernährungsnot, unklare politische und wirtschaftliche Verhältnisse und dergleichen, die als maßgeblich für Gemüts- und Nervenkrankungen erkannt worden sind. In die Kommunen richtet man nunmehr insbesondere die Forderung, ihre gesundheitliche Fürsorge auch auf dieses Gebiet zu erstrecken. In richtiger Erkenntnis der Situation in den proletarischen Vierteln, in denen Gefahren für Erkrankungen sehr schnell entstehen, hat als erstes in der Stadtgemeinde Berlin das Bezirks-Gesundheitsamt Friedrichshain bereits Ende vorigen Jahres eine Fürsorgestelle für Nerven- und Gemütsranke eingerichtet (Sprechstunden: an der Schillingstraße 2, Mittwochs von 19 bis 21 Uhr). Zum leitenden Arzt wurde Dr. Juliusburger gewonnen. Dieser Fürsorgestelle ist die Aufgabe gestellt, durch aufklärende Vorträge die Bevölkerung in das Wesen der geistigen Erkrankungen und ihre Behandlungsmöglichkeiten einzuführen. Durch enge Fühlungnahme mit den Bezirkswohlfahrtsämtern, den Krankentassen usw. wird die Möglichkeit eröffnet, den Kranken selbst wie auch deren Familien weitgehende Fürsorge zu gewähren. Mit Rat und Tat wird somit unter besonderer Berücksichtigung der sozialen Verhältnisse ein Gebiet bearbeitet, das wiederum der Volksge sundung zu erschliefen ist.







## André Dahl: Ein verrückter General

Leutnant Routon, zugeteilt dem Stab der 129. Division, an den kommandierenden General der 51. Armee:

„Ich gestatte mir, Herr General, vertraulich Ihre Aufmerksamkeit auf den Gesundheitszustand des Generals de Gonfledan, Kommandant der 129. Division, zu lenken. Gewisse Symptome lassen nämlich darauf schließen, daß das Gehirn des Generals durch die Aufregungen der gescheiterten Offensive vom 13. Dezember gelitten hat. So hat er zum Beispiel befohlen, daß in der ganzen Division den Pferden die Schweife abgeschnitten werden müssen und daß die gesamte Mannschaft statt ihrer Weinration Pastillen gegen Ertötung zu bekommen hat. Ich hielt es für meine Pflicht, Ihnen den Inhalt dieser sonderbaren Befehle bekanntzugeben, die geeignet sind, die durch zwei Heringsmahlzeiten im Tage ohnehin erschütterte Moral der Truppe völlig zu untergraben.“

General Colbert-Pinoiseau, Kommandant der 51. Armee, an Leutnant Routon, zugeteilt dem Stabe der 129. Division:

„Sie haben sich veranlaßt gefühlt, vertraulich meine Aufmerksamkeit auf den Gesundheitszustand des Generals de Gonfledan zu lenken. Die mir mitgeteilten Tatsachen vermögen Ihren Verdacht in keiner Weise zu begründen; so die Befehle des Generals zeugen davon, daß er um das Wohl seiner Truppe besorgt ist und sich vollkommen auf der Höhe seiner schweren Aufgabe befindet. Die Pastillen gegen Ertötung hindern die Wachposten am Husten und verhindern es, daß der Feind auf diese Weise den Zeitpunkt der Ablösung erfährt. Was die Pferde betrifft, so werden sie jetzt ohne Schweif nicht mehr in der Lage sein, die Feinde zu vertreiben, so daß letztere nicht mehr so zahlreich in der Umgebung der Feindlichen auftreten werden. Ich habe die Empfehlung, daß diese Maßnahmen innerhalb der ganzen 51. Armee durchgeführt werden sollten.“

Leutnant Routon, zugeteilt dem Stabe der 129. Division, an den kommandierenden General der 51. Armee:

„Ich beehre mich neuerlich, die Aufmerksamkeit eines hohen Kommandos auf den Fall des Generals Gonfledan, Kommandant der 129. Division, zu lenken. Der General hat soeben den Befehl herausgegeben, daß die Mannschaft sich mit kölnisch Wasser zu parfümieren hat, bevor sie sich auf Patrouilledienst begibt. Er hat von den ihm unterstellten Offizieren eine ganze Reihe merkwürdiger Listen verlangt, so eine Zusammenstellung aller tarifen Fährten, die Namen aller Soldaten, die Esperanto sprechen und eine Aufstellung aller Divisionsangehörigen, die im Frieden Zuhälter gewesen sind. Diese Befehle haben in der ganzen Division die größte Ueberrassung hervorgerufen und wurden allerorts aufs schärfste kritisiert. Der Oberarzt der Division hat es für seine Pflicht erachtet, für alle Fälle kalte Duschchen bereitzustellen.“

General Colbert-Pinoiseau, Kommandant der 51. Armee, an Leutnant Routon, zugeteilt dem Stabe der 129. Division:

„Die 129. Division ist, wie mir scheint, von renitentem Gesinnung erfüllt. Sie ist sich nicht bewußt, welche Ehre es für sie bedeutet, daß ein Mann von den Fähigkeiten des Generals de Gonfledan an ihrer Spitze steht. Die Maßnahmen, von denen Sie mir berichten, sind von vorbildlicher Folgerichtigkeit und zeugen von einer vollkommenen Beherrschung der Methoden der modernen Kriegsführung. Mit kölnisch Wasser parfümierte Patrouillen strömen keine üblen Gerüche aus, durch die der Feind aufmerksam gemacht werden könnte und was die Listen betrifft, so sind sie zwar noch nicht vom ADR. verlangt worden; aber, wenn der Krieg noch zehn Jahre dauert, werden sie bestimmt verlangt werden. Der Herr Stabsarzt sollte an Stelle seiner durchaus unangebrachten Vorichtsmaßnahmen lieber über die Typhusimpfungen Bericht erstatten!“

## Willy Ley: Tierparadies und Riesentauben

In der Sprache der Zoologie kann das Wort „Insel“ zweierlei bedeuten. Erstens einen leichten Zufluchtsort einer einstmalig weitverbreiteten Tierart, wie vor dem Kriege der berühmte Urwald von Bialowiesza (Bialowieza) das letzte europäische Insele der Wisente war.

Zweitens aber kann es die ungestörte Friedlichkeit eines Gebietes kennzeichnen, also zum Beispiel eine Insel, auf der es nur wenige oder gar keine Raubtiere gibt, die an sich klimatisch günstig liegt und, durch das Weltmeer, gegen Invasionen fremder und vielleicht bössartiger Wesen (mit Ausnahme des Menschen, leider!) geschützt ist.

Rum weiß jeder um den vielbesagten „Kampf ums Dasein“. In einem solchen Insele existiert er nicht, man muß also erwarten, daß der Kraftüberschuß, der durch kein Fehlen entsteht, sich irgendwie bemerkbar macht. Wenn dabei zoologisch geraten werden soll, könnte man sagen, daß vielleicht eine Tendenz zum Riesentum, — der freilich immer ein Zeichen beginnender Degeneration ist — auftreten würde, oder farbenprächtige Schmuckfedern oder Schmuckschuppen bei Vögeln und Eidechsen oder nur eine gemütlige Fettmaße.

Ziemlich den Anforderungen eines „Inseles“ entspricht Neuguinea, und wir sehen denn auch gleich die Auswirkung, die wunderbaren Schmuckfedern der Paradiesvögel, die in diesem Insele, vor dem Auftreten der Weissen, wirklich beinahe im Paradiese lebten, was mit dem Namen aber nichts zu tun hat. Aber, wenn zwei dasselbe tun, ist es durchaus nicht dasselbe, — und wenn zwei im Paradiese leben, dann gibt es ganz verschiedenartige Endeffekte. Schon bei den verschiedenen menschlichen Religionen sind ja die Paradiese, die ihre Anhänger für sich ersehen, verschieden. Beim Buddhismus ist es das absolute Nichts, über das hier nicht gesprochen werden soll, da es sich ja schließlich nicht um eine philosophische Abhandlung handelt. Das Gegenstück dazu war das Paradies unserer Vorfahren, die tagende Götterburg Walhalla mit einem nichtendenden Eberbraten und Kampf und Schlachtgetöse als Verdauungshilfe hinterher. Tatsache ist ja wohl, daß im germanischen Paradies weder Mensch noch Tier zu Schmuckfedern, noch auch zu Fettschichten kommen konnten. Dann das christliche, un-

„Herr General! Entschuldigen Sie, daß ich Ihnen nicht mehr im Dienstweg schreibe, aber ich habe begründeten Anlaß, Ihnen diesen Brief direkt und so rasch als möglich zu übermitteln. Ich schwöre, daß der General de Gonfledan wahnsinnig ist, so daß die Notwendigkeit besteht, ihm noch vor der Offensive auf die Höhe 7 abzulösen oder zumindest ihn des Kommandos während dieser Operation zu entheben. Er ist den ganzen gestrigen Tag im Dorfe Forécourt, in dem sich der Divisionsgeneralsstab befindet, nur mit dem Hemb bekleidet, auf der Hauptstraße spazieren gegangen und hat den Bäuerinnen nachgestellt. Als ein englischer Verbindungsoffizier ihn ansprach, hat er diesem sehr grob geantwortet und den Hintern zugekehrt. Wir konnten einen Standaal nur dadurch vermeiden, indem wir dem englischen Offizier einredeten, daß sich der General auf einer Inspektionsreise befinde und daß der Mann, den er als General angesprochen hat, ein schwachsinziger Bauer gewesen ist. Ich bringe meinen Vorgesetzten gewiß stets die schuldige Achtung entgegen. Aber im vorliegenden Falle, ich wiederhole es, halte ich es für meine Pflicht, Ihnen zu versichern, daß der General wahnsinnig ist!“

„Mein lieber Leutnant! Ich habe die Bortommnisse, von denen Sie mir berichtet haben — und nicht mit Unrecht berichtet haben — aus genauester unterucht, und ich muß sagen, daß Sie keinerlei Anlaß zu der von Ihnen geäußerten traurigen Vermutung geben. Meines Erachtens hat der General de Gonfledan, indem er, nur mit dem Hemb bekleidet, in dem häufig der feindlichen Beschlebung ausgelegten Dorfe spazieren ging, ein rühmliches und echt französisches Beispiel von Heldenmut und Tapferkeit gegeben. Er hat vielleicht übertrieben. Aber merken Sie sich, was ich Ihnen sage: Nur, wer übertriebt, wird segnet! Unter diesem Gesichtspunkte ist seine Tat bewundernswert und läßt die Todesverachtung des Generals deutlich erkennen. Bleibt noch die Tatsache, daß er dem englischen Offizier das Hinterteil zugekehrt hat. Aber was wollen Sie? Bloß ein freundschaftlicher Scherz, der in allen Armeen der Welt unter engeren Kameraden üblich ist. Und vielleicht wollte der General de Gonfledan dem verbündeten Offizier gegenüber durch seine Geste zum Ausdruck bringen, daß man niemals sein Hinterteil sehen werde, da er immer nach vorwärts marschiert. So hat manche Handlung vom militärischen Standpunkte gesehen, eine ganz andere heroische Bedeutung, die sich der dumme Zivilist nicht träumen läßt. Dennoch haben Sie recht getan, mir zu schreiben. Ich werde Sie nach Siegreich durchgeführtem Angriff auf Höhe 7, der hoffentlich das Eigentum des Herrn Senator Poucaré vom Feinde säubern wird, bei Ihrer Truppe aufsuchen, und wir werden dann vielleicht von Ihrer Beförderung zum Oberleutnant sprechen.“

Der kommandierende General der 129. Division General de Gonfledan an den kommandierenden General der 51. Armee: „Ich gebe Ihnen bekannt, daß ich die Absicht habe, mich während des für morgen angeordneten Angriffs auf Cote 7 persönlich und mit schußbereitem Gewehr in der Hand an die Spitze meiner Sturmtruppen zu stellen, um meinen Jungens zu beweisen, daß ich sie von Herzen liebe. Wenn ich falle, so werde ich eben dort sterben, wo es dem Kommandanten zu stehen geziemt, an der Spitze meiner Truppen!“

Befehl des Generals Colbert-Pinoiseau, kommandierender General der 51. Armee:

„Der Generalsstabarzt des Divisionslazarets hat sich sofort der Person des Generals de Gonfledan zu versichern. Derselbe hat mit geziemendem Respekt, jedoch aufs strengste bewacht zu werden. Der General ist sodann von zwei Sanitätsunteroffizieren sofort ins Irrenhaus von Limoges zu bringen. Die Ausführung des Befehls ist ohne Verzug zu berichten.“

(Verzerrte Uebersetzung aus dem Englischen von Leo Korten.)

körperliche Paradies, in dem man an zoologischen Effekten wohl auch ein paar (geistige) Schmuckfedern erwarten kann. Schließlich noch das mohammedanische, das sich von unserem Scharaffenland nur durch den Reichtum an schönen Frauen vorteilhaft unterscheidet, wenn man den Fachleuten für diese Dinge Glauben schenken kann. Und in dem deshalb vor allen Dingen Felt angelegt wird.

Rum wieder zur Naturgeschichte. Aus den Paradiesvögeln hätten auch Scharaffenvögel werden können, wie man schon merkt. Und da die Natur seit alters her auch ein wenig etwas auf den „Dienst am Kunden“ zu halten scheint, hat sie gleich die Probe aufs Exempel bei einer anderen Inselparadiesgelegenheit geliefert.

Es ist das schon eine Weile her, der Name der betreffenden Insel ist dem Briefmarkensammler jedoch wohlbekannt, Mauritius.

Um 1660 gab es da auf der Insel Bourbon, die jetzt Réunion heißt, zwei riesengroße Taubenarten, mächtiger als selbst ein starker Schwan, Hängebüchsen, kräftigen Beinen und einem Schnabel, der, wie der alte holländische Admiral Pieter Willem Verhoepen an eigenen Leibe erfuhr, „gewaltig hart beißen“ konnte. Ganz wechlos waren sie also noch nicht in ihrem Paradies oder Scharaffenland geworden, flogen aber konnten sie schon lange nicht mehr. Als die Holländer die Inseln auffanden, waren ihnen die Dronten, oder Dodos, im wahren Sinne des Wortes ein „gesundenes Fressen“. Es waren die richtigen lebenden Konserndbüchsen einer Zeit, die die toten noch nicht erfunden hatte. Da ging es denn schnell zu Ende mit der Drontenherrschaft. Um 1660 entdeckte man die Inseln, 1693 fand schon jemand, der nach den Vögeln forschte, keinen einzigen mehr, und 1778 wußte aus beiden Inseln kein Mensch mehr, daß jemals so etwas gelebt haben sollte.

Auch unsere Russen haben nur ganz kümmerliche Reste, ein vollständiges Skelett, einen getrockneten Fuß, einen Schädel, ein Brustbein, einen Schnabel und ein paar Einzelnochen. Die größten Bruchstücke darunter, wie zum Beispiel der Fuß, stammen von einem Exemplar, das ausgestopft in einer kleinen Tierbude in London gestanden hatte und wegen Rottensatz zum Müllkasten

verdammt wurde, zu einer Zeit, als es den Vogel lebend schon nicht mehr gab.

Die Aufzählung dieser wissenschaftlichen Kuriositäten müde an, wie die Zusammenstellung der Reste eines Diners, und sie ist eigentlich auch nichts anderes.

Trotzdem wissen wir noch recht genau, wie das Tier ausgesehen hat, denn die holländischen Matrosen nahmen ab und zu eins mit in die Heimat, wo man nicht ganz ausschließlich der Taupenzucht huldigte, sondern auch fleißig malte, allerdings jumeist Taupen. Jedoch fiel ab und zu auch ein wenig Zeit und etwas Farbe für einen armen verschlagenen Dronte ab, 1866 wurden zwei recht anständige Bildnisse gemalt, die in der Dresdener Galerie hängen. Sie sind, neben den Berichten der Seefahrer, die wichtigsten Quellen zur Rekonstruktion dieser bizarren Riesentauben, die sich nur an dieser Erde herausgebildet hatten und nicht auf dem febelhaften Südkontinent, von dem man damals sehr viel träumte, lebten, wie es Grimmselshausen in seinem „abenteuerlichen Simplicissimus“ schreibt.

So waren die Riesentauben der Mastareneninsel Mastarenen, die sich nach der Scharaffeninsel hin spezialisiert hatten und für Bruchfedern und Hochzeitschmuck nicht viel Verständnis zeigten.

Wenn man ihnen aber Zeit gelassen hätte, vielleicht hätten sie auch dazu noch einmal einen Anlauf genommen, um sich ihres Paradieses doch nicht ganz unwürdig zu erweisen.

## Die wahren Rekordschwimmer

Unsere Schwimmer und Schwimmerinnen, die sich so stolz und schnell in den Fluten tummeln, mögen noch so viele Rekorde aufstellen; sie werden es ebenso wenig mit den eigentlichen Bewohnern des nassen Elements aufnehmen können, wie der Mensch jemals mit einem schnellen Rennpferd um die Wette laufen kann. Nun ist es uns freilich noch nicht gelungen, Fische zu Wettrennen abzurichten, wie dies bei Pferden und Hunden der Fall ist. Aber durch lange Beobachtung ist es den Fischkundigen geglückt, die Schnelligkeit der Fortbewegung bei verschiedenen Fischarten wenigstens ungefähr zu berechnen. Beobachtet man das schnelle Dahinschießen der Forellen, so können sie als besonders geübte Rekordschwimmer ersehen, aber andere Wasserbewohner übertreffen sie. Immerhin kann man von einer Forelle behaupten, daß sie wenigstens 30 Kilometer in der Stunde zurücklegt. Diese Leistung wird jedoch vom Lachs in den Schatten gestellt. Diese Tiere scheinen blühartig durch die Wellen zu schießen, und es ist eine sehr bescheidene Schätzung, wenn man die Geschwindigkeit der Fortbewegung mit etwa 50 Kilometer in der Stunde annimmt, selbst wenn der Fisch gegen die Strömung schwimmt.

Manche der größeren Meerfische bewegen sich mit einer geradezu erstaunlichen Schnelligkeit fort. Der Braunfisch legt in der Stunde nach den Angaben eines englischen Zoologen 60 bis 80 Kilometer in der Stunde zurück. Megalops atlanticus, der Riesenhering, den man an den Küsten von Florida und Mexiko anget, ist noch viel schneller. Dieser Fisch wird 200 Pfund und noch mehr schwer und ist ganz mit Muskeln besetzt; seine Bewegungen sind so rasch, und er kommt im Wasser so schnell vorwärts, daß man mit einer Schnelligkeit von 1 1/2 Kilometer in der Minute bei diesem Renner der Fluten rechnen muß. Aber die höchste Geschwindigkeit im Wasser wird man doch wohl dem Schwertfisch zusprechen müssen. Auch bei ihm gibt es natürlich keine genauen Angaben, aber diese außerordentlich kräftigen Fische überholen alle anderen Geschöpfe des Meeres, und diese Schnelligkeit der Fortbewegung macht sie zu so gefährlichen Feinden im Wasser. Es ist gewiß nicht übertrieben, wenn man behauptet, daß der Schwertfisch 125 Kilometer in der Stunde bequem zurücklegt, das ist mehr als doppelt so schnell als die Leistung, die ein zum Rennen trainierter Windhund im Höchstmaß vollbringen kann.

## Großstädte ohne Einwohner

Es ist bekannt, daß in den Goldgräberbezirken über Nacht riesige Städte entstehen, die sofort wieder verlassen werden, wenn der Goldgehalt des Bodens ausgebeutet ist. Unbekannt dürfte es aber sein, daß es auch in Europa Großstädte gibt, die keine Einwohner haben. Leere und zerfallene Häuser ragen öde zum Himmel empor, die Kirchtürme sind nur noch Ruinen und die ehemals gepflegten Straßen sind von Gras überwuchert. Nur Vögel bewohnen diese Großstädte, in die kein Menschenfuß mehr kommt. Selbstverständlich waren es bedeutungsvolle Ursachen, die die Bevölkerung dieser Städte veranlaßte, ihre Heimat zu verlassen und sich wo anders anzusiedeln. Eine früher bedeutende Stadt Reedschan in Lancashire, die noch am Ende des vorigen Jahrhunderts zu den Großstädten gerechnet werden mußte, ist heute leer. Die Ursache ist darin zu erblicken, daß plötzlich alle Quellen versiegt, aus denen die Bevölkerung das Wasser bezog.

Die Stadt Reedschan ist als Industriestadt bekannt gewesen, insbesondere befanden sich hier zahlreiche Leppichtnäpfereien, die vielen Tausenden von Arbeitern Beschäftigung gaben. Aber ohne Wasser kann eine Stadt nicht leben. Man nimmt an, daß vulkanische Kräfte und Verschiebungen innerhalb des Erdinneren bei dieser Katastrophe, die die Stadt betraf, wirksam gewesen sind. Jedenfalls war es eine gewaltige Sensation, als die Wasserleitung zuerst nur ganz wenig Flüssigkeit zutage förderte. Man glaubte an technische Fehler und untersuchte alle Zufuhrrohre, bis endlich mehrere Wissenschaftler, die zu Rate gezogen wurden, darauf hinwiesen, daß die Quellen versiegt waren. Zuerst versuchte man durch Einfuhr von Wasser dem Uebelstand zu begegnen. Aber dieses Verfahren war zu kostspielig und außerdem konnte man besonders im Sommer nicht genügend Wasser heranschaffen.

Die Fabriken wanderten zuerst aus und dann folgten nach und nach die Bewohner, bis allmählich die Stadt leer war, da Handel und Verkehr völlig aufgehört hatten. Erstaunlicherweise versagten auch alle Maßnahmen, durch Grabungen Wasser hervorzuholen. Eine ähnliche Naturkatastrophe betraf die Stadt Northwich, die durch ihre Salzlager berühmt ist. Durch das Herausragen der Sole wurde die Stadt so unterhöhlt, daß in kurzer Zeit mehr als 1000 Häuser versanken. Auch hier begann bei Beginn dieses Jahrhunderts eine Massenflucht, die eine fast völlige Entvölkerung der Stadt zur Folge hatte. Auch in Amerika gibt es Großstädte, die leer stehen. Besonders in den Anden, wo kostbare Metalle gefunden wurden, hatten sich Städte entwickelt, die in früheren Jahrzehnten eine Bevölkerung von mehreren hunderttausend Menschen aufzuweisen hatten. Nachdem die Erzlager erschöpft waren, sind die Bewohner ausgewandert und heute sind manche der früheren Riesengroßstädte völlig entvölkert.



# Die Wurlitzer-Orgel.

Fortschreitende Musikmechanisierung / Neue Philips-Gründungen / Sprechfilm-Monopol?

Seit einiger Zeit macht nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern, die „Wurlitzer-Orgel“ als mustafälliges Wunder immer mehr von sich reden. Große Grammophonkonzertorgane haben Schallplatten herausgebracht, auf denen irgendein bekannter Organist Stücke auf der „Wurlitzer-Orgel“ spielt und viele Konzerthäuser, vor allem aber Kinatheater, haben sich solche Orgeln einbauen lassen. Was ist die Wurlitzer-Orgel? Sie ist ein Orchester-Ersatz, und zwar ein guter. Die Eigenart des Instrumentes ist es, daß ein einzelner Mensch imstande ist, bei allerding anstrengendem Spiel, orchesterähnliche Wirkung hervorzurufen, nicht nur, weil der Schall zahlreicher Instrumente, außer Blasinstrumenten auch Schellen, Glocken, Trommeln usw. nachgeahmt werden kann, sondern weil es einem geschickten Spieler möglich ist, jeden beliebigen Rhythmus wiederzugeben, was bei einer gewöhnlichen Orgel nicht möglich ist.

Diese Wurlitzer-Orgel ist, was eigenartigerweise nirgends vertrat wird, ein amerikanisches Fabrikat. Die meisten ihrer Bewunderer sind offenbar der Meinung, daß es einen Ort Wurlitz gibt und daß sich hier irgendeine alte Orgel befindet, nach deren Vorbild die Wurlitzer Orgel gebaut wird. In Wirklichkeit hat das Instrument keinen Namen nach dem amerikanischen Fabrikanten und Kaufmann Wurlitzer, und die fertigerende Gesellschaft heißt The Rudolph Wurlitzer Company. Diese Firma betreibt schon seit Jahrzehnten — die erste Gründung fällt ins Jahr 1856 — den Piano-, Orgel- und Harmonikumbau. Die Hauptfabrikantlage liegt in Cincinnati im Staat Ohio, doch hat die Gesellschaft zahlreiche andere Abteilungen und auch Untergesellschaften. Erst seit kurzer Zeit faßt sie in größerem Umfang auch im Ausland Fuß. Präsident ist Mr. Howard C. Wurlitzer, und auch unter den führenden Angestellten sowie den Aufsichtsratsmitgliedern überwiegt der Name Wurlitzer so, daß das Unternehmen eigentlich nur der Form nach eine Aktiengesellschaft und in Wirklichkeit auch heute noch eine Familienfirma ist. Das Kapital ist mit rund 5 Mill. Doll. verhältnismäßig klein. Der Umsatz belief sich in den letzten Jahren auf etwa 20 Mill. Doll. (über 80 Mill. RM.) und der Reingewinn der letzten Jahre auf etwa 1 1/2 Mill. Doll.

Die Wurlitzer-Orgel, die jetzt als Massenprodukt zu vielen Hunderten jährlich die Fabrik in Cincinnati verläßt, wird nun

interessanterweise nicht wie eine gewöhnliche Ware verkauft, sondern gleichzeitig wird für jede Orgel ein Organist ausgebildet und mitgeliefert. Die Firma kommt damit den Käufern, d. h. in erster Linie den Kinobesitzern, „entgegen“, macht aber zugleich auf diese Weise für ihre Erzeugnisse eine ausgezeichnete Propaganda, denn erst durch den geschulten Spieler wird ja die Bewunderung des Publikums hervorgerufen. Es ist dies eine neue Form, in der die Mechanisierung der Musik Fortschritte und den Berufsmusikern weitere Konkurrenz macht.

Auf ein ähnliches Gebiet führen zwei neue Philips-Gründungen in Deutschland. Der holländische Philips-Konzern, der ursprünglich nur Glühlampen herstellte, fabriziert seit einigen Jahren in wachsendem Umfang schwachstromtechnische Erzeugnisse, insbesondere Radioapparate und Lautsprecher. Auf diesem Gebiet lag auch keine Beteiligung an der deutschen Firma C. Lorenz A.-G. In Frankfurt a. Main wurde außerdem eine neue Untergesellschaft (Philips A.-G.) gegründet, die jetzt wiederum ihrerseits eine Untergesellschaft errichtet: die Philektra A.-G. (12 Mill. RM. Aktienkapital) zwecks Herstellung radioähnlicher Apparate, z. B. Kombinationen zwischen Radio- und Grammophonapparaten, ferner aber auch Fahrradlaternen usw. Die Philips A.-G. selbst ändert ihren Namen um in „Piano- und Orgelwerke Philips A.-G.“ und verlegt ihren Sitz von Frankfurt nach Achsfenburg. Sie wird Pianos und Orgeln, vor allem aber elektrische Klaviere und sogenannte Orchestrions herstellen, und auf diese Weise wird sich auch Philips in größerem Umfang der Mechanisierung der Musik widmen.

Der Tonfilm, durch den in den Vereinigten Staaten bereits zahlreiche Musiker drohtlos gemacht worden sind, steht vor wachsenden Patentschwierigkeiten. In den Vereinigten Staaten schweben zwischen den einzelnen Gruppen, auch solchen, die auf anderen Gebieten miteinander in engen Geschäftsbeziehungen stehen, zahlreiche Patentklagen. Auch zwischen der europäischen Hauptgruppe (Tobis-Klangfilm-Küchenmeister) und der wichtigsten amerikanischen Gruppe (Western Electric) hat sich der Patentsstreit zugespitzt. Gegenwärtig wird jedoch in den Vereinigten Staaten über eine Einigung verhandelt; sollte sie zustande kommen, so würden sämtliche wichtigen Patente bei einer einzigen amerikanischen-europäischen Gruppe konzentriert sein.

Das Gas soll nun in Polen zu errichtenden Kokerereien geliefert werden. Dabei ist interessant, daß man keineswegs daran denkt, etwa von den oberösterreichischen Sechen aus — analog dem ursprünglichen Plane der Ruhrzechen in Deutschland — eine Ferngasversorgung von der Kohleerzeugungstätte aus durchzuführen. Man will vielmehr eine größere Anzahl von Gaserzeugungsfabriken, und zwar zunächst in Czestochau, in Biadacz, Odziny, Blaszow, Kielce und eventuell Przemysl errichten.

## Neue J.G.-Farben-Gründung. Eine Finanzgesellschaft in Holland.

Vor einigen Monaten hat die Gründung der J. G. Chemie-Basel und die Festlegung des Aktienkapitals dieser Gesellschaft auf 250 Millionen Schweizer Franken großes Aufsehen erregt. Dieses Aufsehen war berechtigt, weil die Vermutung naheliegt, daß die Finanzierung des deutschen J. G.-Farbenkonzerns auf dem Weg über die schweizerische Gesellschaft statt über deutsche Banken und Börsen erfolgt, und daß in der Form von ins Ausland abzuführenden Schuldzinsen tatsächlich Gewinne der deutschen J. G.-Farben der deutschen Steuerbehörde entzogen werden. Leider scheint bisher noch nichts gefestigt zu sein, um festzustellen, ob diese berechtigten Vermutungen durch Tatsachen gestützt ist.

Jetzt wird von der „Frankfurter Zeitung“ gemeldet, daß in Holland eine neue Gesellschaft für chemische Unternehmungen mit einem Kapital von 10,1 Millionen Gulden gegründet worden ist, an der als Gründer auch ein Vertreter der J. G. Chemie-Basel beteiligt ist. Die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit muß darauf gelenkt werden, daß es sich hier um eine ähnliche Gründung handeln kann, wie die der J. G.-Chemie in Basel, von der auch dieselben nachteiligen Wirkungen für den Steuerfiskus möglich sind. Dagegen spricht nicht die relative Kleinheit des Kapitals der holländischen Gründung; denn dieses Kapital kann erhöht werden, und die Finanzierungsabsicht kann auch mit kleineren Kapitalien durchgeführt werden.

## „Volkspflege“-Aufstieg. 700 Millionen RM. Versicherungssumme.

Die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsgesellschaft „Volkspflege“ hat das erste Halbjahr 1929 mit einem Bestande von 1725 000 Versicherungen und einer Versicherungssumme von 700 Millionen Mark abgeschlossen. Das Vermögen der Gesellschaft beträgt rund 68 Millionen Mark. An Versicherungsleistungen wurden im ersten Halbjahr 1,37 Millionen Mark ausgezahlt. Verhältnismäßig hoch beteiligt ist hierbei die Sonderleistung für Tod durch Unfall; sie beträgt fast 10 Proz. vom Gesamtbeitrag.

## Steinkohlenrekorde im Juni.

Die genaueren Ziffern für die Steinkohlenförderung im Monat Juni für das Ruhrgebiet liegen jetzt vor. In jenseits 24 1/2 Tagen wurden im Juni 10,08 Millionen Tonnen gefördert gegen 9,77 Millionen Tonnen im Mai und 8,89 Millionen im Juni 1928. Die Kokerzeugung stieg von Mai zum Juni von 2,70 auf 2,81 Millionen Tonnen. Beides sind bisher nicht erreichte Rekordziffern. Die Gesamtzahl der beschäftigten Arbeiter betrug Ende Juni 375 831; sie hat sich gegen 372 349 Ende Mai etwas erhöht, bleibt aber erheblich zurück hinter den 384 321 Beschäftigten Ende Juni v. J. Feierlichkeiten wegen Abgang mangels wurden auch im Juni d. J. nicht eingeleitet.

## Weiter erhöhte Walzwerksproduktion im Juni

Wie die Stahlwerke haben auch die Deutschen Walz- und Presswerke ihre Produktion im Juni weiterhin erhöhen können. Bei der gleichen Zahl von 25 Arbeitstagen stieg die Leistung gegenüber dem Mai von rund 961 000 auf 985 800 Tonnen, während im Juni 1928 an 26 Arbeitstagen rund 974 800 Tonnen ausgewalzt und verarbeitet wurden.

Die Entwicklung der durchschnittlichen arbeitstägl. Leistungen in den Eisenwalz- und Presswerken stieg vom März mit 36 144 Tonnen auf 39 139 Tonnen im April, auf 38 364 Tonnen im Mai und auf 39 435 Tonnen im Juni. In den letzten beiden Berichtsmonaten weist die arbeitstägl. Produktion gegenüber dem Mai und Juni 1928 eine Steigerung von mehr als sechs Prozent auf.

Subventionshunger bei steigenden Dividenden. Die kürzlich bekannt wurde, hat der Subventionserfolg der Schiffbauern in Übung andere ostpreussische Industrieunternehmen nicht schaden lassen. So scheinen die Union-Gießerei in Königsberg und die gleichfalls dort ansässige Waggonfabrik Steinfurt A.-G. ebenfalls Subventionen bemüht zu sein. Die Steinfurt A.-G. arbeitete im Gegensatz zu den meisten anderen deutschen Waggonwerken in den letzten Jahren durchaus rentabel; sie konnte ihre Dividende für 1928/29 sogar noch von 6 auf 7 Proz. erhöhen. Daß es dem Unternehmen auch jetzt gut geht, beweist die Mitteilung der Verwaltung auf der Generalversammlung, daß der gegenwärtige Auftragsbestand dem Gesamtumfang des letzten Geschäftsjahres entsprechende Subventionen verlangen wäre hier also eine Unversorenheit.

Ein neuer Kampfzettel der Reichsbahn gegen Kraftwagenfrachten. Der Güterverkehr der privaten Kraftfahrlinien ist schon seit Jahren für die Reichsbahn-Gesellschaft, besonders auf kurzen Strecken und bei eiligen Stückgütern eine schwere, die Einnahmen der Reichsbahn zunehmend bedrohende Gefahr. Die Reichsbahn-Gesellschaft hat die bisher schon geltenden Kampfzettel jetzt um einen neuen Tarif vermindert, der eine Verbilligung um 30 Proz. gegen die bisher geltenden Sätze bringen wird. Der neue, zunächst auf ein Jahr befristete, sogenannte K-Tarif für Sammelgut — vom Reichsbahnrat in seiner letzten Sitzung befürwortet —, soll nun und nach allen Bahnhöfen der Reichsbahn-Gesellschaft und im Verkehr den ihm evtl. beitretenden Privatbahnen auf Entfernungen von 100 bis 400 Kilometer anwendbar sein und sieht ebenfalls Mindestmengen für den einzelnen Abnehmer wie monatliche und jährliche Mengenverpflichtungen für die Spediteure vor. Die Reichsbahn macht mit dem neuen Tarif einen Versuch, den sie evtl. wieder fallen lassen will, falls der Erfolg die Tarifverbilligung nicht rechtfertigt.

Die Nordbayerische Verkehrsflug G. m. b. H. wird in eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 500 000 M. umgewandelt. Sie spielt als innerschweizerische Konkurrenz gegen die Deutsche Lufttransport A.-G. eine gewisse Rolle, weil sich in ihr der Wille jener industriellen Luftfahrtinteressenten verkörpert, die in einem gewissen Umfang innerhalb Deutschlands für den Luftverkehr die freie Wirtschaft propagieren. Der bayerische, sächsisch- und sächsisch-österreichische Staat sowie mitteldeutsche Städte sind an der Gesellschaft beteiligt.

Halbjahresdividenden — eine Neuerung in Deutschland. In Deutschland und in Europa werden bisher die Gewinne von Aktiengesellschaften in jährlichen Dividenden verteilt. Amerika kennt Halbjahres- und sogar Vierteljahresdividenden. Als erste deutsche Gesellschaft geht die Baukredit A.-G. Berlin, eine von mehreren Brieftankonten gegründete Baufinanzierungs- und Anleihebank für Bauzwecke mit dem kleinen Kapital von 500 000 M. jetzt zu Halbjahresdividenden über.

# Maschinen im Bergbau.

Technische Revolution mit Riesenerfolgen.

Man bezeichnet unsere Epoche gern als das Maschinen-Zeitalter. Aber ausgerechnet der Gewerbebezirk, der die Grundlage für die herrschende Stellung der Maschine geschaffen hat, nämlich der Kohlenbergbau, ist vielleicht als letzter vom Hand- zum Maschinenbetrieb übergegangen. Noch 1913 wurden in Deutschland 98 Prozent aller Kohlen im Handbetrieb gewonnen. Da der Krieg zu einer übermäßigen Erweiterung der Anlagen in allen Ländern geführt hatte, verschärfte sich die Konkurrenz um den Absatz auf dem Weltkohlenmarkt nach dem Kriege gewaltig. Erst unter dem Druck dieser Konkurrenz kam man in Europa, besonders in Deutschland, zur Mechanisierung des Bergbaus (die Vereinigten Staaten, in denen bis dahin nur Arbeiter knapp gewesen waren, hatten schon früher Maschinen im Bergbau verwendet).

Diese Umstellung auf Maschinenbetrieb ging so schnell vor sich, daß im Ruhrgebiet 1928 bereits rund 90 Prozent aller Kohlen mit Maschinen gewonnen wurden. Im Gegensatz zu anderen Ländern werden in Deutschland die leichten Abbaueinheiten gegenüber den Schrämm- und Bohrmaschinen bevorzugt. Im Ruhrgebiet waren an der Kohlenförderung des Jahres 1925 die Abbaueinheiten mit 36 Proz., im Jahre 1927 schon mit 74 Proz. beteiligt; mit Hilfe von Schrämm- und Bohrmaschinen wurden 1927 nur noch 9 Proz. gegenüber 12 Proz. im Jahre 1925 gewonnen.

Der Erfolg dieser durch Maschinen intensivierte Hauerarbeit zeigte sich sehr bald in stark gesteigerter Arbeitsleistung. Während die Schichtleistung je Kopf der Gesamtleistung Ende 1924 etwa der

von 1913 (umgerechnet auf 8 Stunden = 887 Kilogramm) entsprach und im Jahre 1925 auf 946 Kilogramm gestiegen war, trat im Jahre 1926 eine sprunghafte Steigerung auf 1114 Kilogramm ein. Seitdem ist die Schichtleistung beständig höher geworden, erreichte im Dezember 1928 1222 Kilogramm, um bis März 1929 noch auf 1261 Kilogramm zu steigen!

In der Mechanisierung des Bergbaus wird Deutschland nur von den Vereinigten Staaten übertriften. Im Braunkohlenbergbau ist Deutschland in der Maschinenverwendung sogar führend. In den übrigen europäischen Staaten ist die Entwicklung sehr verschieden. Während in Frankreich 1926 etwa 50 Proz. der Kohlenproduktion maschinell gewonnen wurden und Belgien und die Niederlande kaum dahinter zurückblieben, waren es in Großbritannien, Europas größtem Kohlenlieferanten, nur 21 Proz., und auch im entwickeltesten Bezirk, in Schottland, waren es nur 31 Proz.

Hergestellt werden diese Maschinen hauptsächlich in den Vereinigten Staaten, England und Deutschland. Die übrigen Länder führen ihre Maschinen zum großen Teil ein. Bei weitem am größten ist die amerikanische Ausfuhr. Die englische Ausfuhr wird überwiegend in den Kolonien abgesetzt. Die deutsche Ausfuhr ist in den letzten Jahren beständig gestiegen; sie betrug 1928 etwa 15,4 Millionen Mark. Hauptabnehmer für deutsche Bergwerksmaschinen ist Rußland (1927 nahm es etwa 40 Proz. der deutschen Ausfuhr auf); außereuropäische Länder waren nur mit 10 Proz. beteiligt.

## Jubiläum der Banken.

Der Einfluß der Pariser Reparationsverhandlungen Ende Juni abgeklungen.

Die Pariser Reparationsverhandlungen, die von Februar bis fast Ende Juni dauerten, hatten wegen der Ungewißheit des Ausgangs der Verhandlungen einen tiefgreifenden Einfluß auf sämtliche Gebiete der deutschen Wirtschaft. Von ihrem Einfluß auf das Bankgeschäft haben wir im vorigen Monat im Zusammenhang mit der Veröffentlichung der Bankbilanzen für Ende Mai bereits gesprochen. Von Ende März bis Ende Mai hatte sich bei sämtlichen deutschen Banken, nachdem bis Ende März ein Rekordstand des Beschäftigten erreicht worden war, ein nicht unerheblicher Rückgang der Banktätigkeit gezeigt, der sicher in der Hauptsache mit der durch die Pariser Verhandlungen gegebenen Unsicherheit zusammenhing. Die Veröffentlichungen für Ende Juni zeigen, daß diese Einwirkungen überwunden sind.

	Ende März (in Mill. M.)	April (in Mill. M.)	Mai (in Mill. M.)	Juni (in Mill. M.)
Gesamt-Akreditoren	10,40 (13,59)	10,04 (13,25)	9,66 (12,90)	9,91 (13,18)
Währungen	0,44 (0,62)	0,45 (0,62)	0,49 (0,68)	0,45 (0,65)
Bauspar	2,64 (3,81)	2,35 (2,96)	2,10 (2,78)	2,37 (3,01)
Vorschüsse auf Waren	1,89 (1,88)	1,49 (1,85)	1,50 (1,80)	1,50 (1,68)
Schuldlosen	5,01 (7,00)	5,01 (7,02)	4,90 (6,80)	4,82 (6,80)
Verbindlichkeiten	0,60	0,64	0,64	0,64

Wir wollen hier nur die Hauptlinien der Entwicklung aufzeigen, aus denen die Tendenzen allerdings um so klarer sind. Ende Juni hat auf den beiden wichtigsten Gebieten der deutschen Banktätigkeit, die Aufnahme fremder Gelder und ihre Anlage in Wirtschaftskrediten, der Rückgang aufgehört, der für April und Mai zu verzeichnen war. Bei den Berliner Großbanken sind die Gesamtkreditoren von 9,66 wieder auf 9,91 Milliarden gestiegen, nachdem bis Ende Mai ein Rückgang um rund 740 Millionen zu verzeichnen war. Bei sämtlichen privaten Kreditbanken liegt eine Erhöhung der fremden Gelder von 12,90 auf 13,80 Milliarden vor. Freilich ist der Rekordstand von Ende März mit 10,40 bzw. 13,59 Milliarden noch nicht wieder erreicht. Die Wechselbestände haben sich von Ende Mai bis Ende Juni von 2,13 auf 2,37 Milliarden bei den Großbanken, von 2,78 auf 3,01 bei sämtlichen privaten Banken erhöht, bleiben aber gegenüber Ende März mit 2,64 bzw. 3,31 Milliarden noch erheblich zurück. Fast absolut gleich-

geblieben sind die Vorschüsse auf lagernde und schwimmende Waren mit 1,50 Milliarden bei den Großbanken und 1,68 bzw. 1,89 Milliarden bei sämtlichen privaten Kreditbanken. Auch hier liegt ein Rückgang gegenüber Ende März um rund 30 Millionen bei den Großbanken immer noch vor. Noch nicht erholt haben sich die auf laufendes Konto gewährten Kredite. Die von den Berliner Großbanken laufend gewährten Kredite sind gegenüber Mai weiter von 4,90 auf 4,82 Milliarden, die von sämtlichen Privatbanken gewährten von 6,89 auf 6,83 Milliarden zurückgegangen. Das Börsengeschäft hat Ende Juni gegenüber Ende Mai ebenfalls noch keine größeren Summen zu beanspruchen.

Diese wenigen Zahlen lassen die Tendenz des Bankgeschäfts in der Zeit von Ende März bis Ende Juni deutlich erkennen. Die Pariser Verhandlungen, natürlich zusammen mit der internationalen Anspannung der Geldmärkte, hatten bei den Banken genau so schwerwiegende Veränderungen zur Folge wie in der übrigen Wirtschaft, und man muß die Veränderungen bei den Banken, sogar die schwerer wiegenden, nennen, weil von hier aus die Wirtschaft starke Anregungen empfängt. Die Stöckung im Wirtschaftsleben, die im großen und ganzen während der Pariser Verhandlungen andauert hat, muß angesichts dieser Parallelenentwicklung im Bankgeschäft ebenso als eine Ausnahmeentwicklung angesehen werden wie die Entwicklung bei den Banken. Sicher werden die Ziffern für Ende Juli ganz andere als die von Ende Juni sein, und es wird sich bei den Banken aller Voraussicht nach die aufsteigende Entwicklung, die Ende März unterbrochen wurde, wieder fortsetzen.

## Großgasereien in Polen.

Das Beispiel der Ruhrzechen nicht nachgeahmt.

Wir haben vor einiger Zeit über den Plan berichtet, durch eine Harriman-Konzession besonders für das industrielle Polen eine einheimische und umfangreiche Elektrizitätswirtschaft zu berichten. Der Elektrizität scheinen große Pläne für die Gasversorgung Polens zu folgen. In Paris hat der Direktor des polnischen Verbundes der Gas- und Wasserversorgung über die Schaffung einer planmäßigen Gaswirtschaft in Polen durch eine französisch-belgische Gesellschaft verhandelt, und der Abschluß des Geschäftes soll demnächst erfolgen. In fünf Jahren sollen 20 Millionen Dollar für Gasversorgungszwecke in Polen investiert werden.